



Verfassungsgerichtshof

Entscheid Nr. 113/2023
vom 20. Juli 2023
Geschäftsverzeichnisnrn. 7802 und 7805

In Sachen: Klagen auf völlige oder teilweise Nichtigerklärung des Dekrets der Flämischen Region vom 22. Oktober 2021 «zur Regelung der Anerkennung der lokalen Glaubensgemeinschaften, der Verpflichtungen der Verwaltungen des Kultes und der diesbezüglichen Aufsicht und zur Abänderung des Dekrets vom 7. Mai 2004 über die materielle Organisation und die Arbeitsweise der anerkannten Kulte», erhoben von der IVoG «Internationale Vereniging Diyanet van België» und anderen und von der Provinz Antwerpen.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten L. Lavrysen und P. Nihoul, und den Richtern T. Giet, J. Moerman, M. Pâques, Y. Kherbache, T. Detienne, D. Pieters, S. de Bethune, E. Bribosia, W. Verrijdt und K. Jadin, unter Assistenz des Kanzlers N. Dupont, unter dem Vorsitz des Präsidenten L. Lavrysen,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

I. Gegenstand der Klagen und Verfahren

a. Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 13. Mai 2022 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 16. Mai 2022 in der Kanzlei eingegangen ist, erhoben Klage auf Nichtigerklärung des Dekrets der Flämischen Region vom 22. Oktober 2021 «zur Regelung der Anerkennung der lokalen Glaubensgemeinschaften, der Verpflichtungen der Verwaltungen des Kultes und der diesbezüglichen Aufsicht und zur Abänderung des Dekrets vom 7. Mai 2004 über die materielle Organisation und die Arbeitsweise der anerkannten Kulte» (veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 16. November 2021): die IVoG «Internationale Vereniging Diyanet van België», die VoG «L'Association musulmane culturelle albanaise de Belgique», die VoG «Islamitische Federatie van België» und die VoG «Rassemblement des Musulmans de Belgique», unterstützt und vertreten durch RA K. Bilge, in Brüssel zugelassen.

b. Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 13. Mai 2022 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 17. Mai 2022 in der Kanzlei eingegangen ist, erhob die Provinz Antwerpen, unterstützt und vertreten durch

RA S. Vernaillen, in Antwerpen zugelassen, Klage auf Nichtigerklärung von Artikel 67 und auf teilweise Nichtigerklärung der Artikel 18 und 47 desselben Dekrets.

Diese unter den Nummern 7802 und 7805 ins Geschäftsverzeichnis des Gerichtshofes eingetragenen Rechtssachen wurden verbunden.

Schriftsätze wurden eingereicht von:

- dem Ministerrat, unterstützt und vertreten durch RA E. Jacobowitz und RÄin Daniels, in Brüssel zugelassen (in der Rechtssache Nr. 7802).

- der Flämischen Regierung, unterstützt und vertreten durch RA B. Martel und RA K. Caluwaert, in Brüssel zugelassen (in beiden Rechtssachen).

Die klagenden Parteien haben Erwidierungsschriftsätze eingereicht.

Die Flämische Regierung hat auch einen Gegenerwidierungsschriftsatz eingereicht.

Durch Anordnung vom 26. April 2023 hat der Gerichtshof nach Anhörung der referierenden Richter W. Verrijdt und T. Detienne beschlossen, dass die Rechtssachen verhandlungsreif sind, dass keine Sitzung abgehalten wird, außer wenn eine Partei innerhalb von sieben Tagen nach Erhalt der Notifizierung dieser Anordnung einen Antrag auf Anhörung eingereicht hat, und dass vorbehaltlich eines solchen Antrags die Verhandlung am 17. Mai 2023 geschlossen und die Rechtssachen zur Beratung gestellt werden.

Infolge des Antrags der klagenden Parteien in der Rechtssache Nr. 7802 auf Anhörung hat der Gerichtshof durch Anordnung vom 17. Mai 2023 den Sitzungstermin auf den 7. Juni 2023 anberaamt.

Auf der öffentlichen Sitzung vom 7. Juni 2023

- erschienen

. RA. K. Bilge und RA V. Woronoff, in Brüssel zugelassen, für die klagenden Parteien in der Rechtssache Nr. 7802,

. RA S. Vernaillen, für die klagende Partei in der Rechtssache Nr. 7805,

. RA E. Jacobowitz, für den Ministerrat,

. RA B. Martel und RA K. Caluwaert, für die Flämische Regierung,

- haben die referierenden Richter W. Verrijdt und T. Detienne Bericht erstattet,

- wurden die vorgenannten Rechtsanwälte angehört,

- wurden die Rechtssachen zur Beratung gestellt.

Die Vorschriften des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, die sich auf das Verfahren und den Sprachgebrauch beziehen, wurden zur Anwendung gebracht.

II. *Rechtliche Würdigung*

(...)

In Bezug auf das angefochtene Dekret und dessen Kontext

B.1. Die klagenden Parteien beantragen die völlige oder teilweise Nichtigkeitserklärung des Dekrets der Flämischen Region vom 22. Oktober 2021 « zur Regelung der Anerkennung der lokalen Glaubensgemeinschaften, der Verpflichtungen der Verwaltungen des Kultes und der diesbezüglichen Aufsicht und zur Abänderung des Dekrets vom 7. Mai 2004 über die materielle Organisation und die Arbeitsweise der anerkannten Kulte » (nachstehend: angefochtene Dekret).

Das angefochtene Dekret führt einen neuen Anerkennungs-, Aufsichts- und Sanktionsrahmen für lokale Glaubensgemeinschaften ein, der die alte Regelung ersetzt, die im Dekret der Flämischen Region vom 7. Mai 2004 « über die materielle Organisation und Arbeitsweise der anerkannten Kulte » (nachstehend: Dekret vom 7. Mai 2004) und im Erlass der Flämischen Regierung vom 30. September 2005 « zur Festlegung der Kriterien für die Anerkennung der lokalen Kirchen- und Glaubensgemeinschaften der anerkannten Kulte » (nachstehend: Erlass vom 30. September 2005) vorgesehen war. Nach Ansicht des Dekretgebers war eine Aktualisierung dieses Rahmens notwendig. Außerdem waren nach Ansicht des Dekretgebers « die notwendigen Informationen, um die Anerkennungs- und Sanktionsakten beurteilen zu können, manchmal nicht ausreichend verfügbar » (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2020-2021, Nr. 854/1, S. 6).

Das angefochtene Dekret besteht aus neun Kapiteln. Kapitel 1 enthält die einleitenden Bestimmungen. Kapitel 2, 3, 4, 5 und 6 regeln nacheinander die Anerkennungskriterien, das Anerkennungsverfahren, die Verpflichtungen der Verwaltungen des Kultes, den Auftrag und die Befugnisse der zuständigen Stelle, das Sanktionsverfahren und die Sanktionen, das Verfahren und die Folgen bezüglich verschiedener Abänderungen von Anerkennungen sowie

der Aufhebung der Anerkennung von Annexkirchen und Kaplaneien. Kapitel 7 regelt die Verarbeitung personenbezogener Daten und Kapitel 8 enthält die Abänderungen bezüglich des Dekrets vom 7. Mai 2004. Kapitel 9 enthält schließlich die Schlussbestimmungen einschließlich einiger Übergangsbestimmungen.

Das angefochtene Dekret ist am 16. November 2021 in Kraft getreten.

In Bezug auf die Zulässigkeit

B.2. Der einzige Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7361 ist aus einem Verstoß durch das angefochtene Dekret gegen Artikel 6 § 1 VIII Absatz 1 Nr. 6 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, die Artikel 10, 11, 19, 21, 22 und 27 der Verfassung, die Artikel 8, 9 und 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention, Artikel 18 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte und die Artikel 10 und 22 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union abgeleitet. Der Klagegrund umfasst fünf Teile.

B.3. Bei mehreren Teilen des einzigen Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7802 führt die Flämische Regierung an, dass die klagenden Parteien nicht gegen alle mit dem betreffenden Teil des einzigen Klagegrunds angefochtenen Bestimmungen oder alle damit angefochtenen Teile dieser Bestimmungen Beschwerdegründe formulierten und dass sie nicht immer darlegten, in welchem Sinne diese Bestimmungen oder diese Teile von Bestimmungen gegen die in den betreffenden Teilen des einzigen Klagegrunds erwähnten Referenznormen verstießen.

B.4.1. Um den Erfordernissen nach Artikel 6 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof zu entsprechen, müssen die in der Klageschrift vorgebrachten Klagegründe angeben, welche Vorschriften, deren Einhaltung der Gerichtshof gewährleistet, verletzt wären und welche Bestimmungen gegen diese Vorschriften verstoßen würden, und darlegen, in welcher Hinsicht diese Vorschriften durch die fraglichen Bestimmungen verletzt würden.

B.4.2. Aus der Darlegung in der Klageschrift bezüglich des einzigen Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7802 ergibt sich, dass

- im ersten Teil des einzigen Klagegrunds ausschließlich Beschwerdegründe gegen Artikel 7 Nr. 3 erster Satz Nrn. 8 und 9, Artikel 16 Nrn. 7 und 8 sowie Artikel 17 § 1 erster Satz des angefochtenen Dekrets formuliert werden, wobei weder Kritik zur Zuständigkeit in Bezug auf Artikel 7 Nr. 3 erster Satz und Artikel 17 § 1 erster Satz noch Kritik auf Grundlage der Freiheit der Religion und der Kulte in Bezug auf Artikel 7 Nr. 8 und Artikel 16 Nr. 7 dieses Dekrets formuliert wurde,

- im zweiten Teil nur Beschwerdegründe gegen Artikel 7 Nr. 5 Buchstaben *b)* und *c)* sowie Artikel 16 Nr. 3 Buchstaben *b)* und *c)* desselben Dekrets formuliert werden,

- im dritten und fünften Teil ausschließlich Beschwerdegründe gegen die Artikel 10 und 14 § 3 desselben Dekrets formuliert werden und

- im vierten Teil nur Beschwerdegründe gegen die Artikel 18 bis 27 desselben Dekrets formuliert werden, wobei sich nur die Kritik zur Zuständigkeit auf alle diese Bestimmungen bezieht. Die Kritik auf Grundlage der Freiheit der Kulte, des Rechts auf Achtung des Privatlebens und des Grundsatzes der Gleichheit und Nichtdiskriminierung bezieht sich ausschließlich auf die Artikel 20, 21 Absatz 1 Nrn. 1 bis 3, 22 und 23.

Folglich ist die Nichtigkeitsklage in der Rechtssache Nr. 7802 nur in diesem Umfang zulässig.

B.5.1. De Vlaamse Regering voert ook aan dat het eerste onderdeel van het enige middel in de zaak nr. 7802 onontvankelijk is, in zoverre het is afgeleid uit de schending van de artikelen 10 en 22 van het Handvest van de grondrechten van de Europese Unie.

B.5.2. Da die klagenden Parteien keinen Anknüpfungspunkt ihrer Situation mit der Umsetzung des Rechts der Union nachweisen, ist der einzige Klagegrund und daher nicht nur der erste Teil dieses Klagegrunds unzulässig, insofern er aus einem Verstoß gegen die Charta der Grundrechte der Europäischen Union abgeleitet ist.

In Bezug auf den einzigen Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7802

B.6. Die angefochtenen Bestimmungen und die Bestimmungen, die damit untrennbar verbunden sind, lauten wie folgt:

« CHAPITRE 2. - Reconnaissance des communautés religieuses locales

Section 1re. - Critères de reconnaissance

Art. 7. Une communauté religieuse locale peut être reconnue si elle répond à tous les critères suivants :

1° elle a une structure juridique adaptée au statut public demandé, sur laquelle il y a transparence;

2° elle est financièrement viable et offre la transparence à cet égard;

3° elle ne reçoit, directement ou indirectement, aucun financement ou soutien étranger si ce financement ou ce soutien affecte son indépendance. Elle ne reçoit aucun financement ou soutien lié directement ou indirectement au terrorisme, à l'extrémisme, à l'espionnage ou à l'ingérence clandestine;

4° elle démontre la pertinence sociale de la communauté religieuse locale sur la base des éléments suivants :

a) la confirmation par l'organe représentatif que la communauté religieuse locale compte au moins deux cents membres dans la circonscription territoriale;

b) le respect des conditions matérielles permettant l'exercice du culte et le maintien de sa dignité;

c) l'entretien et la préservation des bâtiments destinés à l'exercice du culte;

d) l'entretien de contacts durables avec l'autorité locale de la commune où sont situés les bâtiments destinés à l'exercice du culte;

e) le respect du principe de bon voisinage et l'entretien de contacts durables avec la communauté locale où sont situés les bâtiments destinés à l'exercice du culte;

5° sauf cas fortuit de force majeure, les membres de l'organe d'administration provisoire respectent toutes les obligations suivantes :

a) l'interdiction d'offrir son concours, de quelque manière que ce soit, à des activités qui incitent à la discrimination, à la haine ou à la violence à l'encontre de toute personne, groupe, communauté ou de ses membres;

b) l'obligation de faire tous les efforts raisonnables pour exclure de l'organisation et du fonctionnement de l'organe d'administration provisoire toute personne qui incite à la

discrimination, à la haine ou à la violence à l'encontre de toute personne, groupe, communauté ou de ses membres;

c) l'obligation de faire tous les efforts raisonnables pour bannir des locaux et des lieux utilisés par la communauté religieuse locale toute personne qui, dans ces locaux ou lieux, incite à la discrimination, à la haine ou à la violence à l'encontre de toute personne, groupe, communauté ou de ses membres;

d) l'obligation, sans préjudice de la liberté de religion, de faire tous les efforts raisonnables pour respecter les lois en vigueur et de ne pas offrir son concours à des actes contraires à ces lois, dont notamment la Constitution et la Convention européenne des droits de l'homme;

e) l'interdiction d'inciter, de quelque manière que ce soit, à la discrimination, à la haine ou à la violence à l'encontre de toute personne, groupe, communauté ou de ses membres;

6° elle démontre que la future administration du culte sera titulaire de droits réels sur les bâtiments ou les autres infrastructures destinés à l'exercice du culte ou à défaut, lorsque les bâtiments ou les autres infrastructures destinés à l'exercice du culte ne sont pas la propriété d'une personne morale de droit public, elle peut présenter une copie d'un accord conclu avec le propriétaire des bâtiments ou des autres infrastructures destinés à l'exercice du culte concernant l'utilisation des bâtiments ou des autres infrastructures par la future administration du culte;

7° l'organe d'administration provisoire communique le prénom et le nom, l'adresse, le numéro de registre national, l'adresse courriel, le numéro de téléphone, la nationalité, la date de naissance et le sexe des membres de l'organe d'administration provisoire au Gouvernement flamand, à l'organe représentatif, à l'autorité de financement et, le cas échéant, à la commune consultée pour avis. L'organe d'administration provisoire communique tout changement ultérieur de ces données à ces instances dans un délai de trente jours;

8° elle ne dispose que de ministres du culte et de leurs suppléants qui remplissent l'obligation d'insertion civique qui leur est, le cas échéant, applicable conformément au décret du 7 juin 2013 relatif à la politique flamande d'intégration et d'insertion civique;

9° elle n'a pas de ministres du culte et leurs suppléants qui sont rémunérés directement ou indirectement par une autorité étrangère;

10° elle remplit les obligations, visées aux articles 11 et 12;

11° elle accomplit avec succès la période d'attente de quatre ans visée à la section 3.

[...]

Section 3. - Période d'attente

Art. 10. A compter de la transmission de la demande de reconnaissance visée à l'article 8, deuxième alinéa, une période d'attente de quatre ans commence à courir.

Art. 11. § 1. Pendant la période d'attente, l'organe d'administration provisoire fournit chaque année une copie du budget et du compte annuel de la communauté religieuse locale au

Gouvernement flamand, à l'organe représentatif, à l'autorité de financement et, le cas échéant, à la commune consultée pour avis. L'organe administratif provisoire permet aux instances susmentionnées d'inspecter la comptabilité de la communauté religieuse locale lorsqu'elles en font la demande.

§ 2. Pendant la période d'attente, l'organe administratif provisoire établit les documents financiers suivants pour la partie des activités ayant trait aux aspects matériels du culte :

1° un budget avant le 15 décembre de l'année civile précédente, conformément aux modèles applicables aux administrations du culte;

2° un compte annuel avant le 1 mai de l'année civile précédente, conformément aux modèles applicables aux administrations du culte;

3° un registre des dons conformément à l'article 17, § 2, étant entendu que les mots ' l'organe d'administration ' sont lus comme ' l'organe d'administration provisoire ' et les mots ' l'administration du culte ' comme ' la communauté religieuse locale '.

L'organe d'administration provisoire fournit chaque année une copie des documents financiers visés à l'alinéa premier au Gouvernement flamand, à l'organe représentatif, à l'autorité de financement et, le cas échéant, à la commune consultée pour avis.

§ 3. Au cours de la dernière année de la période d'attente, l'organe d'administration provisoire établit un projet de plan pluriannuel pour les six prochaines années, contenant une estimation des recettes et des dépenses de l'administration du culte après la reconnaissance. Ce projet de plan est établi en conformité avec les modèles applicables aux administrations du culte.

L'organe d'administration provisoire fournit une copie du projet de plan pluriannuel au Gouvernement flamand, à l'organe représentatif, à l'autorité de financement et, le cas échéant, à la commune consultée pour avis.

Art. 12. Pendant la période d'attente, l'organe d'administration provisoire remplit les obligations suivantes :

1° l'organe d'administration provisoire notifie dans les trente jours au Gouvernement flamand, à l'organe représentatif, à l'autorité de financement et, le cas échéant, à la commune consultée pour avis, toute modification pertinente à l'évaluation des critères de reconnaissance visés à l'article 7;

2° l'organe d'administration provisoire se réunit aussi souvent que nécessaire pour satisfaire aux critères de reconnaissance visés à l'article 7, et au moins une fois par trimestre;

3° l'organe d'administration provisoire établit un compte-rendu des réunions visées au point 2° et le soumet dans les dix jours au Gouvernement flamand, à l'organe représentatif, à l'autorité de financement et, le cas échéant, à la commune consultée pour avis;

4° l'organe d'administration provisoire tient des archives avec soin.

Art. 13. Au plus tard 22 mois après le début de la période d'attente, l'organe représentatif, l'autorité de financement et, le cas échéant, la commune consultée pour avis rendent un avis intermédiaire au Gouvernement flamand sur la mesure dans laquelle la communauté religieuse locale satisfait aux obligations visées à l'article 7 et sur la complétude de la demande de reconnaissance conformément à l'article 8, deuxième alinéa.

Au plus tard soixante jours avant la fin de la période d'attente, l'organe représentatif, l'autorité de financement et, le cas échéant, la commune consultée pour avis rendent un avis au Gouvernement flamand sur le respect, ou non, par la communauté religieuse locale des obligations visées à l'article 7 et sur la complétude de la demande de reconnaissance conformément à l'article 8, deuxième alinéa.

Si l'organe représentatif, l'autorité de financement et, le cas échéant, la commune consultée pour avis, ne fournissent pas en temps voulu les avis visés aux premier et deuxième alinéas, il peut être passé outre à l'obligation d'avis.

Section 4. - Reconnaissance

Art. 14. § 1. Au plus tard soixante jours après la fin de la période d'attente visée au paragraphe 3 et à l'article 10, le Gouvernement flamand statue sur la reconnaissance de la communauté religieuse locale et communique sa décision à l'organe d'administration provisoire, à l'organe représentatif, à l'autorité fédérale, à l'autorité de financement et, le cas échéant, à la commune consultée pour avis.

[...]

§ 3. Le Gouvernement flamand peut, dans le délai visé au paragraphe 1, prolonger de douze mois au maximum la période d'attente et, dans ce cas, en informe l'organe d'administration provisoire, l'organe représentatif, l'autorité fédérale, l'autorité de financement et, le cas échéant, la commune consultée pour avis.

En cas de prolongation telle que visée à l'alinéa premier, le Gouvernement flamand demande à nouveau l'avis des instances visées à l'article 13. Le Gouvernement flamand détermine le délai dans lequel cet avis doit être fourni.

[...]

Chapitre 3. - Obligations des administrations du culte

Art. 16. Nonobstant les obligations mentionnées dans le décret du 7 mai 2004, l'administration du culte remplit toutes les obligations suivantes :

- 1° elle est financièrement viable et offre la transparence à cet égard;
- 2° elle démontre sa pertinence sociale en respectant les obligations suivantes :
 - a) le respect des conditions matérielles permettant l'exercice du culte et le maintien de sa dignité;
 - b) l'entretien et la préservation des bâtiments destinés à l'exercice du culte;

c) l'entretien de contacts durables avec l'autorité locale de la commune où sont situés les bâtiments destinés à l'exercice du culte;

d) le respect du principe de bon voisinage et l'entretien de contacts durables avec la communauté locale où sont situés les bâtiments destinés à l'exercice du culte;

3° sauf cas fortuit de force majeure, les membres de l'organe d'administration respectent toutes les obligations suivantes :

a) l'interdiction d'offrir son concours, de quelque manière que ce soit, à des activités qui incitent à la discrimination, à la haine ou à la violence à l'encontre de toute personne, groupe, communauté ou de ses membres;

b) l'obligation de faire tous les efforts raisonnables pour exclure de l'organisation et du fonctionnement de l'administration du culte toute personne qui incite à la discrimination, à la haine ou à la violence à l'encontre de toute personne, groupe, communauté ou de ses membres;

c) l'obligation de faire tous les efforts raisonnables pour bannir des locaux et des lieux utilisés par l'administration du culte toute personne qui, dans ces locaux ou lieux, incite à la discrimination, à la haine ou à la violence à l'encontre de toute personne, groupe, communauté ou de ses membres;

d) l'obligation, sans préjudice de la liberté de religion, de faire tous les efforts raisonnables pour respecter les lois en vigueur et de ne pas offrir son concours à des actes contraires à ces lois, dont notamment la Constitution et la Convention européenne des droits de l'homme;

e) l'interdiction d'inciter, de quelque manière que ce soit, à la discrimination, à la haine ou à la violence à l'encontre de toute personne, groupe, communauté ou de ses membres;

4° elle peut fournir les preuves que l'administration du culte est titulaire de droits réels sur les bâtiments destinés à l'exercice du culte ou à défaut, lorsque les bâtiments destinés à l'exercice du culte ne sont pas la propriété d'une personne morale de droit public, elle peut présenter une copie d'un accord conclu avec le propriétaire des bâtiments destinés à l'exercice du culte concernant l'utilisation des bâtiments par l'administration du culte;

5° elle communique le prénom et le nom, l'adresse, le numéro de registre national, l'adresse courriel, le numéro de téléphone, la nationalité, la date de naissance et le sexe des ministres du culte, de leurs suppléants et des membres de l'organe d'administration au Gouvernement flamand, à l'organe représentatif, à l'autorité de financement et, le cas échéant, à la commune consultée pour avis;

6° elle notifie tout changement des données énumérées au point 5° dans les trente jours au Gouvernement flamand, à l'organe représentatif, à l'autorité de financement et, le cas échéant, à la commune consultée pour avis;

7° ses ministres du culte et leurs suppléants remplissent l'obligation d'insertion civique qui leur est, le cas échéant, applicable conformément au décret du 7 juin 2013 relatif à la politique flamande d'intégration et d'insertion civique;

8° ses ministres du culte et leurs suppléants ne sont pas rémunérés, directement ou indirectement, par une autorité étrangère.

Art. 17. § 1. L'administration du culte ne reçoit, directement ou indirectement, aucun financement ou soutien étranger si ce financement ou ce soutien affecte son indépendance. [...]

[...]

CHAPITRE 4. - Mission et compétences de l'instance compétente

Art. 18. L'instance compétente désignée par le Gouvernement flamand vérifie :

1° si les communautés religieuses locales respectent les obligations visées aux articles 7 et 8, deuxième alinéa, pendant la période d'attente visée à l'article 10, prolongée, le cas échéant, conformément à l'article 14, § 3;

2° si les communautés religieuses locales respectent les obligations visées à l'article 7, à l'exception des points 10° et 11°, au cours de la procédure visée à l'article 67, § 1;

3° si les administrations du culte respectent et continuent de respecter les obligations visées au chapitre 3 du présent décret.

À la demande de l'autorité de tutelle, l'instance compétente peut demander les informations nécessaires et fournir des informations sur les administrations du culte dans le cadre du maintien du respect des obligations énumérées dans le décret du 7 mai 2004.

L'instance compétente ne peut ni perturber ni interrompre un culte en cours pendant l'exécution des missions visées au premier alinéa.

Art. 19. Afin d'assurer les missions énumérées à l'article 18 :

1° l'instance compétente conclut des accords d'échange d'informations avec d'autres instances publiques;

2° les agents de l'instance compétente peuvent se prévaloir des compétences visées aux articles 20 à 27.

Les agents de l'instance compétente ne peuvent faire usage des compétences visées aux articles 20 à 27, § 1, que dans les cas suivants :

1° aux fins des missions visées à l'article 18, premier alinéa, 1° et 2°;

2° aux fins des missions visées à l'article 18, premier alinéa, 3°, à la suite d'indices sérieux, jugés recevables par l'instance compétente, d'un manquement d'une administration du culte à ses obligations, visées au chapitre 3.

L'instance compétente informe l'organe représentatif lorsqu'elle examine un indice tel que visé au deuxième alinéa, 2°, qu'elle a jugé recevable.

Les agents de l'instance compétente ne peuvent faire usage de leurs compétences, visées au présent chapitre, que lorsque celles-ci sont appropriées et nécessaires aux fins du contrôle.

Les agents de l'instance compétente peuvent à tout moment présenter sur demande une preuve de légitimation pendant l'exercice de leurs missions, visées à l'article 18.

Le Gouvernement flamand fixe la procédure d'évaluation de la recevabilité visée au deuxième alinéa, 2°.

Le Gouvernement flamand peut :

1° déterminer les conditions dans lesquelles sont désignés les agents de l'instance compétente;

2° déterminer le modèle de la preuve de légitimation visée au cinquième alinéa;

3° fixer la procédure à suivre par les agents de l'instance compétente dans l'exercice de leurs missions et compétences visées au présent chapitre.

Art. 20. Les agents de l'instance compétente ont accès, sans préavis, aux bâtiments destinés à l'exercice du culte, aux locaux et aux infrastructures utilisés par l'administration du culte, ou par la communauté religieuse locale pendant la période d'attente, à l'exception des bâtiments et locaux destinés exclusivement au logement privé.

Art. 21. Les agents de l'instance compétente peuvent effectuer les actes suivants :

1° enregistrer l'identité;

2° exiger la présentation de documents d'identité officiels;

3° si l'identité ne peut être établie conformément aux points 1° ou 2°, rechercher l'identité à l'aide de documents non officiels qui leur sont volontairement présentés si les personnes à identifier ne peuvent présenter de documents d'identification officiels ou s'il existe des doutes quant à leur authenticité ou à l'identité de ces personnes. En application de l'article 25, ils peuvent rechercher l'identité de ces personnes au moyen de matériel visuel, quel qu'en soit le support;

4° exiger la transparence sur les structures juridiques liées aux administrations du culte si cela est proportionné et nécessaire et pour autant que les conditions mentionnées à l'article 19, deuxième alinéa, 2° soient remplies;

5° exiger la transparence sur les structures juridiques liées à la communauté religieuse locale, visée à l'article 18, premier alinéa, 1° et 2°;

6° exiger la transparence sur l'infrastructure utilisée par l'administration du culte et la communauté religieuse locale.

Les documents visés au premier alinéa, 2°, sont restitués à l'intéressé immédiatement après la vérification d'identité.

Art. 22. Les agents de l'instance compétente peuvent exiger des informations de toute personne impliquée dans les faits faisant l'objet du contrôle, ou susceptible d'être au courant de ces faits.

Art. 23. § 1. Les agents de l'instance compétente peuvent exiger, sans préavis, la présentation immédiate de toute information, document de toute nature et support d'information sous forme écrite, numérique ou analogique.

La présentation, visée au premier alinéa, est faite sur place sous une forme intelligible et lisible qui peut être copiée.

§ 2. Les agents de l'instance compétente peuvent consulter les informations, données, documents et supports d'information visés au paragraphe 1.

§ 3. Les agents de l'instance compétente peuvent exiger une copie sans frais sous la forme qu'ils demandent ou faire eux-mêmes une copie.

Lorsqu'il n'est pas possible de faire une copie sur place, les agents de l'instance compétente peuvent conserver ou emmener, contre récépissé délivré par eux, le support d'information et les documents pour une période nécessaire pour les copier ou examiner. Cette période ne peut excéder trente jours, à moins que, avant son expiration, les agents de l'instance compétente n'informent les intéressés des raisons particulières justifiant une période plus longue.

Art. 24. Toute personne doit apporter aux agents de l'instance compétente toute la coopération qui peut raisonnablement être demandée, dans le délai fixé par ces agents.

Art. 25. Les agents de l'instance compétente peuvent faire des constatations à l'aide de moyens audiovisuels. L'identification du moyen audiovisuel utilisé ainsi que le début et la fin de l'enregistrement sont consignés dans un rapport. Toute personne impliquée dans une enquête est informée de l'utilisation de moyens audiovisuels, à moins que cela ne compromette le contrôle. Cette notification a lieu avant ou au moment de l'utilisation des moyens audiovisuels.

Les constatations audiovisuelles n'ont de force probante qu'à condition d'être suffisamment corroborées par d'autres types de preuves.

L'application du présent article ne peut jamais résulter en l'observation ou en l'écoute directe visées aux articles 47*sexies* et 90*ter* du Code d'instruction criminelle.

Art. 26. Les agents de l'instance compétente peuvent se faire assister par des experts ou d'autres personnes désignées par eux à cette fin.

Art. 27. § 1. Les agents de l'instance compétente établissent pendant l'exercice de leur mission un rapport de constatation en cas de manquement aux obligations visées au présent décret ou au décret du 7 mai 2004. Le rapport de constatation a force probante jusqu'à preuve du contraire.

§ 2. Les agents de l'instance compétente donnent des conseils à la communauté religieuse locale qui demande la reconnaissance et à l'administration du culte afin de prévenir tout manquement imminent aux obligations visées au présent décret ou au décret du 7 mai 2004.

Les agents de l'instance compétente peuvent adresser un avertissement à l'administration du culte et, le cas échéant, aux membres de l'organe d'administration, les enjoignant de se mettre en règle, de remédier aux effets dommageables des manquements et d'en apporter la preuve dans un délai déterminé.

Les agents de l'instance compétente informent immédiatement l'organe représentatif des conseils visés au premier alinéa et des avertissements visés au deuxième alinéa ».

B.7.1. Der einzige Klagegrund ist teilweise aus einem Verstoß gegen die Regeln der Zuständigkeitsverteilung und teilweise aus einem Verstoß gegen mehrere in Artikel 1 Nrn. 2 und 3 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 erwähnte Bestimmungen abgeleitet.

B.7.2. Die Prüfung der Übereinstimmung einer gesetzeskräftigen Bestimmung mit den Regeln der Zuständigkeitsverteilung muss in der Regel derjenigen ihrer Vereinbarkeit mit den Bestimmungen von Titel II und mit den Artikeln 170, 172 und 191 der Verfassung vorangehen.

Der Gerichtshof prüft folglich zuerst die Beschwerdegründe, die aus einem Verstoß gegen die Regeln der Zuständigkeitsverteilung abgeleitet sind.

In Bezug auf den ersten Teil des einzigen Klagegrunds, insofern er aus einem Verstoß gegen die Regeln der Zuständigkeitsverteilung abgeleitet ist

B.8. Im ersten Teil des einzigen Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7802 führen die klagenden Parteien an, dass die Artikel 7 Nrn. 8 und 9 und 16 Nrn. 7 und 8 des angefochtenen Dekrets die Befugnis der Flämischen Region überschritten, insofern sie als Anerkennungskriterien beziehungsweise Verpflichtungen für die Verwaltung der Kultes regelten, dass die Diener des Kultes und ihre Stellvertreter die Eingliederungspflicht erfüllen müssten, die womöglich nach dem Dekret der Flämischen Gemeinschaft vom 7. Juni 2013 « über die flämische Integrations- und Eingliederungspolitik » (nachstehend: Dekret vom 7. Juni 2013) für sie gelte, und regelten, dass diese weder unmittelbar noch mittelbar von einer ausländischen Behörde entlohnt werden dürften.

B.9.1. Artikel 6 § 1 VIII Absatz 1 Nr. 6 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, eingefügt durch Artikel 4 des Sondergesetzes vom 13. Juli 2001 « zur Übertragung verschiedener Befugnisse an die Regionen und Gemeinschaften », bestimmt:

« VIII. was die untergeordneten Behörden betrifft:

[...]

6. die Kirchenfabriken und die Einrichtungen, die damit beauftragt sind, die weltlichen Güter der anerkannten Kulte zu verwalten, mit Ausnahme der Anerkennung der Kulte und der Gehälter und Pensionen der Diener der Kulte ».

B.9.2. Aufgrund dieser Bestimmung sind die Regionen seit dem 1. Januar 2002 für die Regelungen in Bezug auf die Kirchenfabriken und die anderen Einrichtungen, die damit beauftragt sind, die weltlichen Güter der anerkannten Kulte zu verwalten, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten, was die untergeordneten Behörden betrifft, zuständig. Mit derselben Bestimmung wird der Föderalbehörde die Zuständigkeit vorbehalten, die Kulte anzuerkennen und die Gehälter und Pensionen der Diener der Kulte zu gewähren, die ebenfalls in Artikel 181 § 1 der Verfassung erwähnt sind.

B.9.3. Aufgrund ihrer Zuständigkeit für Kirchenfabriken und für mit der Verwaltung der weltlichen Güter der anerkannten Kulte beauftragte Einrichtungen sind die Regionen für alles zuständig, was die weltlichen Güter der anerkannten Kulte betrifft, das heißt die Verwaltung der Güter und der Einkünfte der anerkannten Kulte. Sie sind ebenfalls dafür zuständig, die lokalen Glaubensgemeinschaften der anerkannten Kulte und ihre territorialen Bereiche anzuerkennen, um das Zuständigkeitsgebiet der mit der Verwaltung der weltlichen Güter der anerkannten Kulte beauftragten Einrichtungen zu bestimmen.

Die der Föderalbehörde vorbehaltene Befugnis, die Kulte anzuerkennen, beinhaltet die Befugnis, die Kulte als solche und die jeweiligen repräsentativen Organe anzuerkennen. Die Anerkennung eines Kultes durch die Föderalbehörde hat eine staatliche Finanzierung zur Folge.

B.9.4. Die Zuständigkeit der Regionen in Angelegenheiten der Verwaltung der weltlichen Güter der anerkannten Kulte ist begrenzt auf die Einrichtungen, die mit der Verwaltung der weltlichen Güter der durch die Föderalbehörde anerkannten Kulte beauftragt wurden. Im Rahmen der Ausübung dieser Befugnis zieht die Anerkennung einer lokalen Glaubensgemeinschaft durch eine Region grundsätzlich die Gründung einer öffentlichen Einrichtung nach sich, die mit der Verwaltung der Güter und Einkünfte dieser Gemeinschaft beauftragt wird.

B.10.1. Eine lokale Glaubensgemeinschaft kann nach Artikel 7 Nrn. 8 und 9 des angefochtenen Dekrets nur anerkannt werden, wenn sie nur über Diener des Kultes und deren Stellvertreter verfügt, die die Eingliederungspflicht erfüllen, die womöglich gemäß dem Dekret vom 7. Juni 2013 für sie gilt, und die weder unmittelbar noch mittelbar von einer ausländischen Behörde entlohnt werden. Außerdem müssen die Verwaltungen der Kulte nach Artikel 16 Nrn. 7 und 8 des angefochtenen Dekrets beiden Verpflichtungen nachkommen.

B.10.2. Diese Bestimmungen sehen weder eine allgemeine Eingliederungspflicht für Diener des Kultes und deren Stellvertreter noch ein allgemeines Verbot für diese Personen vor, unmittelbar oder mittelbar von einer ausländischen Behörde entlohnt zu werden. Sie sehen nur vor, dass eine lokale Glaubensgemeinschaft für eine Anerkennung nicht in Betracht kommt, wenn sie über Diener des Kultes oder Stellvertreter verfügt, die nicht beide Voraussetzungen erfüllen, und dass solche Diener des Kultes und deren Stellvertreter auch nicht Mitglied der Verwaltung des Kultes sein dürfen.

B.11.1. Wie in den Vorarbeiten betont wird, ist das Anerkennungskriterium und die Verpflichtung, nur über Diener des Kultes oder Stellvertreter zu verfügen, die die Eingliederungspflicht erfüllen, für eine gute Verwaltung der weltlichen Güter des Kultes von Bedeutung (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2020-2021, Nr. 854/1, SS. 21 und 22).

Diese Personen sind nämlich die « Schlüssel- und führende Figur innerhalb der lokalen Glaubensgemeinschaft und von Amts wegen Mitglied des Verwaltungsorgans der Verwaltung des Kultes (mit Ausnahme beim römisch-katholischen Kult, wo der vom repräsentativen Organ ernannte Verantwortliche von Amts wegen Mitglied des Verwaltungsorgans ist) » (ebenda, S. 42). Folglich haben sie einen erheblichen Einfluss auf die Verwaltung der weltlichen Güter des Kultes. Wenn sie nicht über ausreichende Kenntnisse und nicht über ein ausreichendes Verständnis bezüglich der Gesellschaft verfügen, in der sie ihre Funktion ausüben, kann sich dies nachteilig auf diese Verwaltung auswirken.

B.11.2. Das Anerkennungskriterium und die Verpflichtung, keine Diener des Kultes oder Stellvertreter zu haben, die unmittelbar oder mittelbar von einer ausländischen Behörde entlohnt werden, soll « ausländische Einmischungen von staatlicher Seite jederzeit

verhindern » (ebenda S. 44) und hängt daher ebenso unmittelbar mit der Verwaltung der weltlichen Güter des Kultes zusammen.

B.11.3. Dieses Anerkennungskriterium und diese Verpflichtung fallen außerdem nicht unter die der Föderalbehörde vorbehaltene Zuständigkeit bezüglich der Gehälter und Pensionen der Diener der Kulte. Diese Zuständigkeit bezieht sich nämlich nur auf Gehälter und Pensionen, die in Artikel 181 § 1 der Verfassung geregelt sind, das heißt die Gehälter und Pensionen zu Lasten des Staates. Sie erstreckt sich nicht auf die unmittelbaren oder mittelbaren Entlohnungen seitens ausländischer Behörden.

B.12. Beide Anerkennungskriterien beziehungsweise Verpflichtungen für die Verwaltung des Kultes fallen deshalb in die Zuständigkeit der Flämischen Region für die Kirchenfabriken und die Einrichtungen, die damit beauftragt sind, die weltlichen Güter der anerkannten Kulte zu verwalten.

Der erste Teil des einzigen Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7802 ist unbegründet, insofern er aus einem Verstoß gegen Artikel 6 § 1 VIII Absatz 1 Nr. 6 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen abgeleitet ist.

In Bezug auf den vierten Teil des einzigen Klagegrunds, insofern er aus einem Verstoß gegen die Regeln der Zuständigkeitsverteilung abgeleitet ist

B.13. Im vierten Teil des einzigen Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7802 führen die klagenden Parteien an, dass die Artikel 18 bis 27 des angefochtenen Dekrets die Befugnis der Flämischen Region überschritten, insofern sie einen « neuen flämischen Informations- und Screeningdienst » mit weitreichenden Befugnissen schafften.

B.14. Nach Artikel 18 des angefochtenen Dekrets kontrolliert die zuständige Stelle, die die Flämische Regierung bestimmt, (1) ob die lokalen Glaubensgemeinschaften während der Wartezeit die Anerkennungskriterien und die administrativen Verpflichtungen im Sinne der Artikel 7 und 8 Absatz 2 dieses Dekrets einhalten, (2) ob die lokalen Glaubensgemeinschaften die relevanten Anerkennungskriterien aus Artikel 7 während des verkürzten Verfahrens im

Sinne von Artikel 67 dieses Dekrets einhalten und (3) ob die Verwaltungen der Kulte die Verpflichtungen im Sinne von Kapitel 3 dieses Dekrets erfüllen.

Nach Artikel 19 des angefochtenen Dekrets schließt die zuständige Stelle, um diese Aufträge zu erfüllen, Informationsaustauschvereinbarungen mit anderen staatlichen Stellen und können die Bediensteten dazu die Befugnisse im Sinne der Artikel 20 bis 27 desselben Dekrets in Anspruch nehmen. Die Bediensteten können diese Befugnisse allerdings nur in Anspruch nehmen, um zu kontrollieren, ob eine Verwaltung des Kultes die Verpflichtungen aus Kapitel 3 weiterhin erfüllt, wenn es für zulässig angesehene schwerwiegende Anhaltspunkte für eine Verletzung dieser Verpflichtungen durch eine Verwaltung des Kultes gibt. In diesem Fall wird das repräsentative Organ darüber in Kenntnis gesetzt. Jedenfalls können die Bediensteten ihre Befugnisse nur dann in Anspruch nehmen, wenn sie für die Ausübung der Aufsicht geeignet und erforderlich sind.

Die Artikel 20 bis 27 des angefochtenen Dekrets regeln schließlich die Befugnisse, die die Bediensteten in Anspruch nehmen können.

B.15. Die Zuständigkeit der Regionen für die Einrichtungen, die damit beauftragt sind, die weltlichen Güter der anerkannten Kulte zu verwalten, beinhaltet ebenso die Befugnis, zu kontrollieren, ob die lokalen Glaubensgemeinschaften die Anerkennungskriterien und die administrativen Verpflichtungen erfüllen, sowie die Aufsicht bezüglich der Einrichtungen auszuüben, die damit beauftragt sind, die weltlichen Güter der anerkannten Kulte zu verwalten.

B.16. Die angefochtenen Bestimmungen bewegen sich folglich nicht dadurch außerhalb der Befugnisse der Flämischen Region, dass darin eine Stelle vorgesehen ist, die kontrolliert, ob lokale Glaubensgemeinschaften für eine Anerkennung in Betracht kommen und/oder die Verwaltungen der anerkannten Kulte ihre Verpflichtungen erfüllen.

Der vierte Teil des einzigen Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7802 ist unbegründet, insofern er aus einem Verstoß gegen die Regeln der Zuständigkeitsverteilung abgeleitet ist.

In Bezug auf den ersten Teil des einzigen Klagegrunds, insofern er aus einem Verstoß gegen die Grundrechte abgeleitet ist

B.17. In Punkt 2 des ersten Teil des einzigen Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7802 führen die klagenden Parteien an, dass das angefochtene Dekret gegen die Artikel 19 und 21 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 9 des Europäischen Menschenrechtskonvention und mit Artikel 18 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte verstoße, insofern die Anerkennungsvoraussetzungen jede « ausländische Unterstützung und Finanzierung » verböten.

B.18. Artikel 19 der Verfassung bestimmt:

« Die Freiheit der Kulte, diejenige ihrer öffentlichen Ausübung sowie die Freiheit, zu allem seine Ansichten kundzutun, werden gewährleistet, unbeschadet der Ahndung der bei der Ausübung dieser Freiheiten begangenen Delikte ».

Artikel 21 der Verfassung bestimmt :

« Der Staat hat nicht das Recht, in die Ernennung oder Einsetzung der Diener irgendeines Kultes einzugreifen oder ihnen zu verbieten, mit ihrer Obrigkeit zu korrespondieren und deren Akte zu veröffentlichen, unbeschadet, in letztgenanntem Fall, der gewöhnlichen Verantwortlichkeit im Bereich der Presse und der Veröffentlichungen.

Die zivile Eheschließung muss stets der Einsegnung der Ehe vorangehen, vorbehaltlich der erforderlichenfalls durch Gesetz festzulegenden Ausnahmen ».

Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention bestimmt::

« (1) Jede Person hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder gemeinsam mit anderen öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Unterricht oder Praktizieren von Bräuchen und Riten zu bekennen.

(2) Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekennen, darf nur Einschränkungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die öffentliche Sicherheit, zum Schutz der öffentlichen Ordnung, Gesundheit oder Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer ».

Artikel 18 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte bestimmt:

« (1) Jedermann hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfasst die Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung eigener Wahl zu haben oder anzunehmen, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Beachtung religiöser Bräuche, Ausübung und Unterricht zu bekunden.

(2) Niemand darf einem Zwang ausgesetzt werden, der seine Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung seiner Wahl zu haben oder anzunehmen, beeinträchtigen würde.

(3) Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekunden, darf nur den gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, Gesundheit, Sittlichkeit oder der Grundrechte und -freiheiten anderer erforderlich sind.

(4) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Freiheit der Eltern und gegebenenfalls des Vormunds oder Pflegers zu achten, die religiöse und sittliche Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren eigenen Überzeugungen sicherzustellen ».

B.19.1. Die Religionsfreiheit, die insbesondere in Artikel 19 der Verfassung gewährleistet ist, beinhaltet unter anderem die Freiheit, entweder allein oder mit anderen seine Religion zum Ausdruck zu bringen.

Glaubensgemeinschaften bestehen traditionell in Form von organisierten Strukturen. Die Teilnahme am Leben der Glaubensgemeinschaft ist Ausdruck der Glaubensüberzeugung, die unter dem Schutz der Religionsfreiheit steht. Unter anderem aus dem Blickwinkel der Vereinigungsfreiheit beinhaltet die Religionsfreiheit, dass die Glaubensgemeinschaft friedlich funktionieren kann, ohne willkürliche Einmischung der öffentlichen Hand. Die Autonomie der Glaubensgemeinschaften ist nämlich unverzichtbar für den Pluralismus in einer demokratischen Gesellschaft und betrifft daher den eigentlichen Kern der Religionsfreiheit. Sie weist nicht nur ein unmittelbares Interesse für die Organisation der Glaubensgemeinschaft an sich auf, sondern auch für die tatsächliche Ausübung der Religionsfreiheit durch alle aktiven Mitglieder der Glaubensgemeinschaft. Wenn die Organisation des Lebens der Glaubensgemeinschaft nicht durch Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention geschützt würde, wären alle anderen Aspekte der Religionsfreiheit des Einzelnen somit gefährdet (EuGHMR, Große Kammer, 26. Oktober 2000, *Hassan und Tchaouch gegen Bulgarien*, ECLI:CE:ECHR:2000:1026JUD003098596, § 62; 26. April 2016, *İzzettin Doğan u.a. gegen Türkei*, ECLI:CE:ECHR:2016:0426JUD006264910, § 93).

Die in Artikel 21 Absatz 1 der Verfassung garantierte Freiheit der Kulte erkennt die gleiche organisatorische Autonomie der Religionsgemeinschaften an. Es steht jeder Religion frei, ihre eigene Organisation aufzubauen.

B.19.2. Insoweit sie das Recht, entweder allein oder mit anderen seine Religion zum Ausdruck zu bringen, anerkennen, haben Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Artikel 18 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte eine ähnliche Tragweite wie Artikel 19 der Verfassung, der unter anderem die Religionsfreiheit anerkennt. Daher bilden die durch diese Bestimmungen gebotenen Garantien auch insofern ein untrennbares Ganzes.

Artikel 19 der Verfassung verbietet es zudem, dass der Freiheit der Kulte präventive Einschränkungen auferlegt werden, jedoch nicht, dass Straftaten, die anlässlich der Inanspruchnahme dieser Freiheit begangen werden, bestraft werden.

B.19.3. Die Religionsfreiheit und die Freiheit der Kulte verhindern nicht, dass die öffentliche Hand positive Maßnahmen ergreift, um die tatsächliche Ausübung dieser Freiheiten zu ermöglichen. Die Regelung der Anerkennung der lokalen Glaubensgemeinschaften der anerkannten Kulte und der Pflichten der mit der Verwaltung der weltlichen Güter der anerkannten Kulte beauftragten Einrichtungen durch den Gesetzgeber kann zur tatsächlichen Ausübung der Freiheit der Kulte beitragen.

Dies verhindert jedoch nicht, dass solche Maßnahmen als Einmischungen in das Recht der anerkannten Kulte, ihre Arbeitsweise autonom zu regeln, zu betrachten sind. Solche Einmischungen sind zulässig, sofern sie in einer demokratischen Gesellschaft für die Erfüllung eines in Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention erwähnten zwingenden gesellschaftlichen Bedarfs notwendige Maßnahmen sind und diese Maßnahmen Gegenstand einer ausreichend zugänglichen und präzisen Regelung sind. Es muss ein vernünftiger Zusammenhang der Verhältnismäßigkeit zwischen der rechtmäßigen Zielsetzung einerseits und der Einschränkung dieser Freiheit andererseits bestehen. Es ist im vorliegenden Fall zu prüfen, ob diese Anforderungen erfüllt sind.

B.20.1. Die angefochtenen Bestimmungen stellen keine präventive Einschränkung der Religionsfreiheit dar. Sie verbieten es nicht, eine Glaubensgemeinschaft zu bilden, sondern führen eine zusätzliche Voraussetzung für die Anerkennung als lokale Glaubensgemeinschaft ein.

Artikel 7 Nr. 3 erster Satz des angefochtenen Dekrets legt als Anerkennungskriterium fest, dass die lokale Glaubensgemeinschaft weder unmittelbar noch mittelbar eine ausländische Finanzierung oder Unterstützung erhält, wenn diese Finanzierung oder Unterstützung ihre Unabhängigkeit beeinträchtigt. Artikel 17 § 1 erster Satz desselben Dekrets bestimmt, dass die Verwaltungen der Kulte keine solche ausländische Finanzierung oder Unterstützung erhalten dürfen.

Wie in B.10.1 erwähnt, sehen die Artikel 7 Nr. 9 und 16 Nr. 8 des angefochtenen Dekrets vor, dass das Nichthaben von Dienern des Kultes oder Stellvertretern, die unmittelbar oder mittelbar durch eine ausländische Behörde entlohnt werden, ein Anerkennungskriterium beziehungsweise eine Verpflichtung für die Verwaltung des Kultes ist.

B.20.2. Die Anerkennung als lokale Glaubensgemeinschaft ist mit erheblichen Rechtsfolgen verbunden. Sie führt zur Errichtung der Verwaltung des Kultes, einer öffentlichen Einrichtung mit Rechtspersönlichkeit, und lässt darüber hinaus verschiedene Verpflichtungen für die finanzierende Behörde entstehen, wie die Verpflichtung, Fehlbeträge auszugleichen, und die Verpflichtung, Investitionen in Gebäude des Kultes mitzufinanzieren.

Die Bedingungen, um als lokale Glaubensgemeinschaft anerkannt zu werden, stellen einen Eingriff in das Recht der Glaubensgemeinschaften dar, ihre Arbeitsweise autonom zu regeln.

B.20.3. Mit diesen Bestimmungen wollte der Dekretgeber ausländische Einmischungen in die Verwaltung des Kultes verhindern, sodass auf diese Weise « kein Gesellschaftsmodell beworben werden kann, das unserer Gesellschaft zuwiderläuft, wodurch die Rechte und Freiheiten anderer gefährdet werden », und die Eingliederung und Inklusion der lokalen Glaubensgemeinschaften innerhalb der flämischen Gesellschaft fördern. Er möchte damit insbesondere auch das Prinzip der Trennung zwischen Kirche und Staat gewährleisten (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2020-2021, Nr. 854/1, S. 51) und verhindern, dass die ausländische Finanzierung und Unterstützung « einen Kanal bilden, über den nationalistisches,

polarisierendes, segregierendes oder extremistisches und fundamentalistisches Gedankengut (politisch oder religiös) aus dem Ausland auf aktive Weise in flämischen lokalen Glaubensgemeinschaften aufgezwungen und propagiert wird » (ebenda, S. 44). Diese Ziele sind legitim und sollen die Rechte und Freiheiten anderer im Sinne von Artikel 9 Absatz 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Artikel 18 Absatz 3 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte schützen.

B.21. Der Eingriff muss jedoch auch die in B.19.2 und B.19.3 erwähnten Bedingungen der Vorhersehbarkeit und Verhältnismäßigkeit erfüllen.

Die angefochtenen Bestimmungen beziehen sich nicht auf jedwede ausländische Finanzierung oder Unterstützung. Sie betreffen nur die ausländische Finanzierung oder Unterstützung, « die die Unabhängigkeit der lokalen Glaubensgemeinschaft beeinträchtigt », und Entlohnungen für Diener des Kultes, die von ausländischen Behörden stammen. Im Übrigen ist die ausländische Finanzierung und Unterstützung erlaubt, insofern sie nicht unmittelbar oder mittelbar mit Terrorismus, Extremismus, Spionage oder geheimen Einmischungen im Zusammenhang steht (Artikel 7 Nr. 3 zweiter Satz und Artikel 17 § 1 zweiter Satz).

Die Bedingung, dass die ausländische Finanzierung oder Unterstützung « die Unabhängigkeit der lokalen Glaubensgemeinschaft beeinträchtigt », ist ausreichend genau. In den Vorarbeiten wird verdeutlicht, dass sich der Begriff bezieht auf « die ausländische Finanzierung oder Unterstützung, die solche Auswirkungen auf die anerkennungssuchende lokale Glaubensgemeinschaft oder die Verwaltung des Kultes hat, dass diese nicht auf unabhängige Weise über die eigene Organisation, die Arbeitsweise oder die Verwaltung der Güter oder der Einnahmen entscheiden können » (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2020-2021, Nr. 854/1, S. 19).

Weder diese Präzisierung noch die « Anhaltspunkte für eine ausländische Finanzierung oder Unterstützung » (ebenda, S. 51), die sich im Übrigen nicht aus den angefochtenen Bestimmungen selbst ergeben, erlauben es, auf ausreichend vorhersehbare Weise zu bestimmen, welche ausländische Finanzierung oder Unterstützung erlaubt ist.

B.22. Es wurde auf keinerlei Weise nachgewiesen, dass die Beschränkung der ausländischen Finanzierung oder Unterstützung von Glaubensgemeinschaften, einschließlich der Voraussetzung, dass die Diener des Kultes und deren Stellvertreter nicht unmittelbar oder mittelbar durch eine ausländische Behörde entlohnt werden, in einem vernünftigen Zusammenhang der Verhältnismäßigkeit mit dem Schutz des demokratischen Rechtsstaats, der damit verfolgt wird, steht. Dieses Gesellschaftsmodell ist durch eine Gesamtheit von Rechtsregeln gekennzeichnet, sowohl zivilrechtlicher als auch strafrechtlicher Art, denen auch die Glaubensgemeinschaften und ihre Mitglieder unterworfen sind, wobei sie im Falle der Nichteinhaltung vor dem Richter durchgesetzt werden können.

Die zusätzliche Bedingung, dass die ausländische Finanzierung oder Unterstützung die Unabhängigkeit der lokalen Glaubensgemeinschaft nicht beeinträchtigen darf, stellt einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Freiheit der Kulte dar.

B.23. Artikel 7 Nr. 3 erster Satz und Nr. 9, Artikel 16 Nr. 8 und Artikel 17 § 1 erster Satz des angefochtenen Dekrets verstoßen folglich gegen die Artikel 19 und 21 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 9 des Europäischen Menschenrechtskonvention und mit Artikel 18 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte. Der erste Teil des einzigen Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7802 ist begründet, insofern er aus einem Verstoß gegen die Freiheit der Religion und der Kulte abgeleitet ist. Artikel 7 Nr. 3 erster Satz und Nr. 9, Artikel 16 Nr. 8 und Artikel 17 § 1 erster Satz des angefochtenen Dekrets sind für nichtig zu erklären.

In Bezug auf den zweiten Teil des einzigen Klagegrunds

B.24. Im zweiten Teil des einzigen Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7802 führen die klagenden Parteien an, dass die Artikel 7 Nr. 5 Buchstaben *b)* und *c)* und 16 Nr. 3 Buchstaben *b)* und *c)* des angefochtenen Dekrets gegen die Artikel 19 und 21 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 9 des Europäischen der Europäischen Menschenrechtskonvention und mit Artikel 18 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte verstießen, insofern diese Bestimmungen dem Verwaltungsorgan der lokalen Glaubensgemeinschaft eine unverhältnismäßig schwere Rolle der sozialen Kontrolle zuwiesen.

B.25. Artikel 7 Nr. 5 Buchstaben *b)* und *c)* des angefochtenen Dekrets sieht als Anerkennungskriterium die Voraussetzungen vor, dass die Mitglieder des vorläufigen Verwaltungsorgans, außer bei zufälliger höher Gewalt, 1) alle angemessenen Bemühungen unternehmen, um Personen, die zu Diskriminierung, Hass oder Gewalt gegen eine Person, eine Gruppe, eine Gemeinschaft oder die Mitglieder dieser Gemeinschaft anstiften, aus der Organisation und von der Arbeit des vorläufigen Verwaltungsorgans auszuschließen, und 2) alle angemessenen Bemühungen unternehmen, um Personen, die in den von der lokalen Glaubensgemeinschaft benutzten Räumen und Örtlichkeiten zu Diskriminierung, Hass oder Gewalt gegen eine Person, eine Gruppe, eine Gemeinschaft oder die Mitglieder dieser Gemeinschaft anstiften, aus den benutzten Räumen oder Örtlichkeiten zu entfernen.

Artikel 16 Nr. 3 Buchstaben *b)* und *c)* desselben Dekrets erlegt den Mitgliedern des Verwaltungsorgans eines anerkannten Kultes identische Verpflichtungen auf.

Diese Bestimmungen stellen einen Eingriff in die Freiheit der Religion und der Kulte dar.

B.26.1. Der Dekretgeber verfolgt mit den angefochtenen Bestimmungen ein legitimes Ziel, nämlich den Schutz der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung sowie der Rechte und Freiheiten anderer. Er möchte nämlich verhindern, dass die Räume und Örtlichkeiten der lokalen Glaubensgemeinschaft oder der (vorläufigen) Verwaltung zu einer Freizone für Personen werden, die zu Diskriminierung, Hass oder Gewalt gegen eine Person, eine Gruppe, eine Gemeinschaft oder die Mitglieder dieser Gemeinschaft anstiften.

B.26.2. Die angefochtenen Bestimmungen erlegen den Mitgliedern des (vorläufigen) Verwaltungsorgans lediglich eine Verpflichtung zum Unternehmen von Bemühungen auf. Sie müssen angemessene Bemühungen unternehmen, um Personen, die zu Diskriminierung, Hass oder Gewalt gegen eine Person, eine Gruppe, eine Gemeinschaft oder die Mitglieder dieser Gemeinschaft anstiften, von der Arbeit und der Organisation des (vorläufigen) Verwaltungsorgans auszuschließen und, falls diese Handlungen in den Gebäuden und Räumen der lokalen Glaubensgemeinschaft beziehungsweise der Verwaltung des Kultes stattgefunden haben, aus diesen Räumen und Gebäuden zu entfernen.

Die Tragweite dieser Verpflichtung zum Unternehmen von Bemühungen ist begrenzt, da die Mitglieder des (vorläufigen) Verwaltungsorgans nicht die Verpflichtung tritt, diese

Personen aus den Räumen und Örtlichkeiten der lokalen Glaubensgemeinschaft zu entfernen, wenn sie nur außerhalb dieser Räume und Örtlichkeiten zu Diskriminierung, Hass oder Gewalt anstiften. Auch sind die Mitglieder des (vorläufigen) Verwaltungsorgans nicht verpflichtet, gegen Personen vorzugehen, die andere Handlungen vornehmen. Folglich gehen die angefochtenen Verpflichtungen nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die verfolgten Ziele zu erreichen.

B.27. Der zweite Teil des einzigen Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7802 ist unbegründet.

In Bezug auf den dritten Teil des einzigen Klagegrunds

B.28. Im dritten Teil des einzigen Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7802 führen die klagenden Parteien an, dass die Artikel 10 und 14 § 3 des angefochtenen Dekrets gegen die Artikel 19, 21 und 27 der Verfassung in Verbindung mit den Artikeln 9 und 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention und mit Artikel 18 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte verstießen, insofern sie eine Wartezeit von mindestens vier Jahren und höchstens fünf Jahren vorsähen.

B.29.1. Artikel 27 der Verfassung bestimmt:

«Die Belgier haben das Recht, Vereinigungen zu bilden; dieses Recht darf keiner präventiven Maßnahme unterworfen werden».

Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention bestimmt:

«(1) Jede Person hat das Recht, sich frei und friedlich mit anderen zu versammeln und sich frei mit anderen zusammenzuschließen; dazu gehört auch das Recht, zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu gründen und Gewerkschaften beizutreten.

(2) Die Ausübung dieser Rechte darf nur Einschränkungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die nationale oder öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer. Dieser Artikel steht rechtmäßigen Einschränkungen der Ausübung dieser Rechte für Angehörige der Streitkräfte, der Polizei oder der Staatsverwaltung nicht entgegen».

B.29.2. Die Vereinigungsfreiheit, die in Artikel 27 der Verfassung vorgesehen ist, bezweckt, die Gründung von privaten Vereinigungen und die Teilnahme an ihren Tätigkeiten zu gewährleisten. Sie beinhaltet das Recht, sich zu vereinigen, und die interne Organisation der Vereinigung frei zu bestimmen, aber auch das Recht, sich nicht zu vereinigen.

Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention beinhaltet ebenfalls das Recht eines jeden, Vereinigungen zu gründen, sich bestehenden Vereinigungen anzuschließen und ihre interne Organisation festzulegen, um die beiden vorerwähnten Rechte ausüben zu können.

B.29.3. Die Vereinigungsfreiheit beinhaltet kein Recht auf eine spezifische Rechtsform oder einen bestimmten öffentlich-rechtlichen Status, auch nicht wenn sie in Verbindung mit der Religionsfreiheit gelesen wird (EuGHMR, 8. April 2014, *Magyar Keresztény Mennonita Egyház u.a. gegen Ungarn*, ECLI:CE:ECHR:2014:0408JUD007094511, § 91).

B.29.4. Artikel 27 der Verfassung untersagt jede präventive Maßnahme. Andere staatlichen Eingriffe in die Vereinigungsfreiheit sind erlaubt, insofern sie auf einer ausreichend genauen Gesetzesbestimmung beruhen, sie einem zwingenden gesellschaftlichen Bedürfnis in einer demokratischen Gesellschaft entsprechen sowie im Verhältnis zum damit verfolgten legitimen Ziel stehen.

B.30. Nach Artikel 10 des angefochtenen Dekrets beginnt eine Wartezeit von vier Jahren, sobald das repräsentative Organ den Antrag auf Anerkennung der lokalen Glaubensgemeinschaft der Flämischen Regierung zustellt.

Nach Artikel 14 § 3 desselben Dekrets kann die Flämische Regierung die Wartezeit innerhalb von sechzig Tagen nach deren Ablauf um höchstens zwölf Monate verlängern.

B.31. Die Wartezeit hat nach Ansicht des Dekretgebers zum Ziel, eine ausreichende Zeit im Rahmen des Anerkennungsverfahrens vorzusehen, um die Anerkennungsanträge gründlich zu screenen und zu prüfen, um gründliche Stellungnahmen der betreffenden Akteure einzuholen, um eine konstruktive Beziehung zu der lokalen Glaubensgemeinschaft aufzubauen und um sie mit den Verpflichtungen vertraut zu machen, die für sie nach der Anerkennung gelten.

In den Vorarbeiten wird die angefochtene Maßnahme wie folgt begründet:

« L’instauration d’une période d’attente de quatre ans vise à permettre un *screening* et un contrôle approfondis des demandes de reconnaissance au regard des obligations de reconnaissance ainsi que l’établissement d’une relation constructive avec la communauté religieuse locale concernée. La période d’attente permet aussi à tous les acteurs concernés par la procédure de reconnaissance d’émettre des avis éclairés. De cette manière aussi, la confiance peut être établie entre la communauté religieuse locale et l’autorité locale, dont le Gouvernement flamand souhaite reconnaître pleinement le rôle essentiel dans cette matière.

[...]

Durant cette période d’attente, la communauté religieuse locale devra remplir un certain nombre d’obligations administratives : il lui faudra notamment dresser des rapports financiers, établir un registre des dons et le tenir à jour. Pendant cette période, la communauté religieuse locale devra se comporter comme si elle était déjà reconnue. Elle sera ainsi déjà mieux informée des obligations qui lui incomberont lorsqu’elle aura été reconnue et de la manière dont elle pourra remplir ces obligations » (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2020-2021, Nr. 854/1, S. 11).

B.32.1. Eine Anerkennung als lokale Glaubensgemeinschaft hat erhebliche Rechtsfolgen. Sie führt nämlich zur Errichtung der Verwaltung des Kultes, einer öffentlichen Einrichtung mit Rechtspersönlichkeit, und lässt darüber hinaus verschiedene Verpflichtungen für die finanzierende Behörde entstehen, wie die Verpflichtung, Fehlbeträge auszugleichen, und die Verpflichtung, Investitionen in Gebäude des Kultes mitzufinanzieren.

Unter Berücksichtigung dieser Rechtsfolgen sind die Wartezeit von vier Jahren und deren etwaige Verlängerung um zwölf Monate im Lichte der in B.31 erwähnten Ziele nicht übertrieben.

B.32.2. Darüber hinaus verhindert die Wartezeit nicht, dass die lokale Glaubensgemeinschaft bereits Rechtspersönlichkeit erwirbt. Nach Artikel 7 Nr. 1 desselben Dekrets darf die lokale Glaubensgemeinschaft jede rechtliche Struktur haben, solange diese an den beantragten öffentlichen Status angepasst ist und darüber Transparenz herrscht.

B.33. Der dritte Teil des einzigen Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7802 ist unbegründet.

In Bezug auf den vierten Teil des einzigen Klagegrunds, insofern er aus einem Verstoß gegen die Grundrechte abgeleitet ist

B.34.1. Im vierten Teil des einzigen Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7802 führen die klagenden Parteien an erster Stelle an, dass die Artikel 20, 21 Absatz 1 Nrn. 1 bis 3, 22 und 23 des angefochtenen Dekrets gegen die Artikel 19, 21 und 27 der Verfassung in Verbindung mit den Artikeln 8 und 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstießen, insofern sie den Bediensteten der zuständigen Stelle weitreichende Befugnisse einräumten.

Die klagenden Parteien machen ferner noch geltend, dass die Artikel 20, 21 Absatz 1 Nrn. 1 bis 3, 22 und 23 des angefochtenen Dekrets gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung verstießen, insofern sie anders als bei anderen Rechtsunterworfenen Haussuchungen bei lokalen Glaubensgemeinschaften und bei den Verwaltungen der Kulte ohne vorherige Einschaltung des Untersuchungsrichters und ohne Vorliegen eines Verdachts, dass sie eine Straftat begangen hätten, erlaubten.

B.34.2. Aus dem Vorstehenden ergibt sich, dass sich die Beschwerdegründe der klagenden Parteien im Wesentlichen auf den Schutz der Wohnung, an sich oder in Verbindung mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung, und auf das Recht auf Achtung der Religion und der Kulte beziehen.

Der Gerichtshof prüft zunächst die Beschwerdegründe, die sich auf die Vereinbarkeit von Artikel 20 des angefochtenen Dekrets mit dem Grundsatz der Unverletzlichkeit der Wohnung beziehen, und im Anschluss die Beschwerdegründe in Bezug auf die Vereinbarkeit der Artikel 20, 21 Absatz 1 Nrn. 1 bis 3, 22 und 23 des angefochtenen Dekrets mit dem Recht auf Achtung des Privatlebens sowie mit der Freiheit der Religion und der Kulte.

B.35.1. Der Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung schließt nicht aus, dass ein Behandlungsunterschied zwischen Kategorien von Personen eingeführt wird, soweit dieser Unterschied auf einem objektiven Kriterium beruht und in angemessener Weise gerechtfertigt ist.

Das Vorliegen einer solchen Rechtfertigung ist im Hinblick auf Zweck und Folgen der beanstandeten Maßnahme sowie auf die Art der einschlägigen Grundsätze zu beurteilen; es

wird gegen den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung verstoßen, wenn feststeht, dass die eingesetzten Mittel in keinem angemessenen Verhältnis zum verfolgten Zweck stehen.

B.35.2. Artikel 22 der Verfassung bestimmt:

« Jeder hat ein Recht auf Achtung vor seinem Privat- und Familienleben, außer in den Fällen und unter den Bedingungen, die durch Gesetz festgelegt sind.

Das Gesetz, das Dekret oder die in Artikel 134 erwähnte Regel gewährleistet den Schutz dieses Rechtes ».

Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention bestimmt:

« (1) Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung und ihrer Korrespondenz.

(2) Eine Behörde darf in die Ausübung dieses Rechts nur eingreifen, soweit der Eingriff gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig ist für die nationale oder öffentliche Sicherheit, für das wirtschaftliche Wohl des Landes, zur Aufrechterhaltung der Ordnung, zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer ».

B.35.3. Der Verfassungsgeber hat eine möglichst weitgehende Übereinstimmung zwischen Artikel 22 der Verfassung und Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention angestrebt (*Parl. Dok.*, Kammer, 1992-1993, Nr. 997/5, S. 2).

Die Tragweite dieses Artikels 8 entspricht derjenigen der vorerwähnten Verfassungsbestimmung, sodass die durch die beiden Bestimmungen gebotenen Garantien ein untrennbares Ganzes bilden.

B.35.4. Das Recht auf Achtung des Privatlebens, so wie es durch Artikel 22 der Verfassung und Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention gewährleistet wird, dient im Wesentlichen dazu, die Personen gegen Einmischungen in ihr Privatleben zu schützen.

Dieses Recht hat eine weitreichende Tragweite und umfasst unter anderem den Schutz der personenbezogenen Daten, der persönlichen Information und der Wohnung.

B.35.5. Obwohl die Unverletzlichkeit der Wohnung, die auch durch Artikel 15 der Verfassung garantiert wird, ausgelegt im Lichte von Artikel 8 Absatz 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention, die verschiedenen Orte schützt, die eine Person bewohnt, um dort ihren Aufenthalt oder ihren Wohnort zu begründen, ist diese gleichwohl nicht auf die Orte begrenzt, die für Privatzwecke bewohnt werden; der Begriff der « Wohnung » ist nämlich im weiten Sinne auszulegen und betrifft ebenfalls die Orte, an denen berufliche und kommerzielle Tätigkeiten ausgeübt werden (siehe EuGHMR, 16. Dezember 1992, *Niemietz gegen Deutschland*, ECLI:CE:ECHR:1992:1216JUD001371088; 25. Februar 1993, *Funke gegen Frankreich*, ECLI:CE:ECHR:1993:0225JUD001082884; *Crémieux gegen Frankreich*, ECLI:CE:ECHR:1993:0225JUD001147185, *Mialhe gegen Frankreich*, ECLI:CE:ECHR:1993:1129JUD001266187; 15. Juli 2003, *Ernst u.a. gegen Belgien*, ECLI:CE:ECHR:2003:0715JUD003340096).

Der Eingriff des Gesetzgebers kann im Übrigen einschneidender sein, wenn es um berufliche oder kommerzielle Tätigkeiten oder um die Räume geht, in denen diese Tätigkeiten ausgeübt werden (EuGHMR, 14. März 2013, *Bernh Larsen Holding AS u.a. gegen Norwegen*, ECLI:CE:ECHR:2013:0314JUD002411708, § 104; 16. Dezember 1992, *Niemietz gegen Deutschland*, ECLI:CE:ECHR:1992:1216JUD001371088, § 31).

Das Recht auf Achtung des Privatlebens kommt in einem gewissen Maße auch den juristischen Personen zu. In dieser Hinsicht können der Gesellschaftssitz, die Agentur oder die beruflichen Räume einer juristischen Person unter gewissen Umständen als ihre Wohnung betrachtet werden (EuGHMR, 16. April 2002, *Société Colas Est u.a. gegen Frankreich*, ECLI:CE:ECHR:2002:0416JUD003797197, § 41).

B.35.6. Die Rechte, die durch die Artikel 15 und 22 der Verfassung und durch Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention geschützt werden, verlangen, dass jeder staatliche Eingriff in das Recht auf Achtung des Privatlebens und der Wohnung eine ausreichend präzise gesetzliche Bestimmung zur Grundlage hat, einem zwingenden gesellschaftlichen Bedürfnis entspricht und in einem angemessenen Verhältnis zu dem damit angestrebten legitimen Ziel steht.

B.36.1. Artikel 20 des angefochtenen Dekrets gewährt den Bediensteten der zuständigen Stelle das Recht, ohne vorherige Ankündigung die für die Ausübung des Kultes bestimmten

Gebäude, die Räume und die Infrastruktur, die die Verwaltung des Kultes benutzt oder die die lokale Glaubensgemeinschaft während der Wartezeit benutzt, zu betreten, mit Ausnahme der Gebäude und Räume, die ausschließlich als Privatwohnung dienen.

Obwohl das Recht, Gebäude und Räume zu betreten, die für die Ausübung des Kultes bestimmt sind, Bestandteil einer umfassenden Regelung ist, die den Bediensteten der Stelle, die dafür zuständig ist, die Einhaltung der im angefochtenen Dekret vorgesehenen Verpflichtungen zu überprüfen, Befugnisse erteilt, stellt dieses Recht gleichwohl keine Bedingung für die Ausübung der Kontrollbefugnisse im Sinne der Artikel 21 Absatz 1 Nrn. 1 bis 3, 22 und 23 des angefochtenen Dekrets dar, die das Recht zur Anforderung verschiedener Informationen regeln. Das in Artikel 20 des angefochtenen Dekrets erwähnte Recht gilt daher unabhängig von der Durchführung der anderen in diesem Teil des Klagegrunds angeführten Bestimmungen.

B.36.2. Indem den Bediensteten der zuständigen Stelle das Recht gewährt wird, « ohne vorherige Ankündigung Zugang » zu den aufgezählten Gebäuden und Räumen zu haben, mit Ausnahme der Gebäude und Räume, die ausschließlich als Privatwohnung dienen, kann die angefochtene Bestimmung angesichts der weiten Auslegung des Begriffs der « Wohnung », wie in B.35.5 erwähnt, die Unverletzlichkeit der Wohnung beeinträchtigen.

Artikel 20 des angefochtenen Dekrets muss daher auf eine Weise ausgelegt werden, die mit der Beachtung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit der Wohnung vereinbar ist, sodass bei den Gebäuden, die für die Ausübung des Kultes bestimmt sind, den Räumen und der Infrastruktur, die von der Verwaltung des Kultes oder der lokalen Glaubensgemeinschaft benutzt werden, davon auszugehen ist, dass sie in den weiten Anwendungsbereich des Begriffs der « Wohnung » fallen.

B.36.3. Es muss festgestellt werden, dass das Recht, die in dieser Bestimmung aufgezählten Gebäude und Räume « zu betreten », sich darauf beschränkt, zu bestimmen, dass die Ausübung dieses Rechts, insofern es sich auf diese Gebäude und Räume bezieht, « ohne vorherige Ankündigung » erfolgen kann, also ohne dass die Betroffenen vorher informiert wurden. Die Gebäude und Räume, die ausschließlich als Privatwohnung dienen, fallen demgegenüber auf keinen Fall in den Anwendungsbereich von Artikel 20 des angefochtenen Dekrets.

Dieses « Betretungsrecht » hat ausschließlich zum Ziel, die Erfüllung der administrativen Bedingungen zu überprüfen, die durch das angefochtene Dekret auferlegt worden sind, und zwar unabhängig von einer Untersuchung zu einer Zuwiderhandlung oder einem diesbezüglichen Verdacht oder der Vollstreckung einer Zwangsmaßnahme. Eine solche Maßnahme ist weder eine Haussuchung, die im Rahmen einer gerichtlichen Untersuchung angeordnet wurde, noch eine Hausdurchsuchung, da sie nicht Gegenstand einer vorherigen Ermächtigung durch den Untersuchungsrichter ist.

Artikel 20 des angefochtenen Dekrets ermöglicht es folglich, und *a fortiori* den zuständigen Bediensteten, nicht, sich mittels Gewalt oder Zwang Zugang zu den Gebäuden, die für die Ausübung des Kultes bestimmt sind, den Räumen und der Infrastruktur, die die Verwaltung des Kultes benutzt oder die die lokale Glaubensgemeinschaft während der Wartezeit benutzt, zu verschaffen, wenn die Betroffenen ihre Mitwirkung verweigert haben. Die zuständigen Bediensteten können die Personen, die ihnen den Zugang zu diesen Gebäuden und Räumen nicht gestatten, auch nicht bestrafen, sondern dies nur in ihrer Stellungnahme bezüglich der Gewährung der Anerkennung erwähnen.

B.37. Angesichts der Ausführungen in B.36.2 und B.36.3 ist der betreffende Teil des Klagegrunds nicht begründet, insofern er aus einem Verstoß gegen das Recht auf Achtung der Wohnung abgeleitet ist.

B.38. Nunmehr ist zu prüfen, ob Artikel 20 des angefochtenen Dekrets sowie die Artikel 21 Absatz 1 Nrn. 1 bis 3, 22 und 23 des angefochtenen Dekrets das Recht auf Achtung des Privatlebens sowie die Freiheit der Religion und der Kulte beachten.

B.39.1. Artikel 21 Nrn. 1 bis 3 desselben Dekrets gewährt den Bediensteten der zuständigen Stelle das Recht, (1) die Identität von Personen festzustellen, (2) die Vorlage offizieller Identitätsdokumente zu verlangen und (3) wenn die zu identifizierenden Personen keine offiziellen Identitätsdokumente vorlegen können oder wenn es Zweifel hinsichtlich ihrer Echtheit oder der Identität dieser Personen gibt, die Identität mittels nicht offizieller Dokumente, die ihnen freiwillig vorgelegt werden, oder mithilfe von Bildmaterial in Erfahrung zu bringen.

Artikel 22 desselben Dekrets gewährt den Bediensteten das Recht, Informationen von jeder Person zu verlangen, die an dem Sachverhalt, der kontrolliert wird, beteiligt ist beziehungsweise davon Kenntnis hat oder haben kann.

Artikel 23 desselben Dekrets erteilt den Bediensteten der zuständigen Stelle die Befugnis, ohne vorherige Ankündigung die Vorlage aller Informationen, Dokumente und Datenträger zu verlangen, diese einzusehen und sich davon Kopien anfertigen zu lassen oder anzufertigen. Wenn das Anfertigen von Kopien vor Ort nicht möglich ist, haben die Bediensteten nach dieser Bestimmung ebenso das Recht, die Datenträger und die Dokumente gegen einen von ihnen auszustellenden schriftlichen Nachweis bei sich zu behalten oder mitzunehmen, und zwar für einen Zeitraum, der erforderlich ist, um sie zu kopieren oder zu überprüfen. Dieser Zeitraum darf nicht mehr als dreißig Tage umfassen, es sei denn, dass die Bediensteten der zuständigen Stelle den Betroffenen vor Ablauf dieses Zeitraums die besonderen Gründe mitteilen, die einen längeren Zeitraum rechtfertigen.

B.39.2. Diese Kontrollbefugnisse stellen einen Eingriff in das Recht auf Achtung des Privatlebens sowie in die Freiheit der Religion und der Kulte dar.

B.40. Der Dekretgeber hat den Bediensteten der zuständigen Stelle Kontrollbefugnisse eingeräumt, um kontrollieren zu können, ob die Verwaltung des Kultes oder die lokale Glaubensgemeinschaft während der Wartezeit die im angefochtenen Dekret vorgesehenen Verpflichtungen erfüllt.

In den Vorarbeiten heißt es:

« Ces compétences devraient donner à l'instance compétente suffisamment de pouvoir pour recueillir elle-même les renseignements nécessaires sur les administrations du culte et sur les communautés religieuses locales pendant la période d'attente. Ces compétences sont nécessaires pour compléter, comparer et mettre à jour en permanence toutes les informations requises du point de vue de la sécurité, de la gouvernance et de la société. L'instance compétente doit pouvoir vérifier si les informations communiquées par les communautés religieuses locales qui demandent la reconnaissance et les administrations du culte sont correctes et complètes. Les compétences conférées sont nécessaires pour que l'instance compétente puisse mener une enquête approfondie et adéquate et vérifier et établir les faits qui ont donné lieu à cette enquête. L'octroi de ces compétences à l'instance compétente est également nécessaire pour qu'un avis éclairé puisse être transmis au Gouvernement flamand quant au respect des obligations par les communautés religieuses locales qui demandent la reconnaissance et par les administrations du culte. Ces compétences protègent également les communautés religieuses locales qui

demandent la reconnaissance et les administrations du culte contre les informations diffusées à tort à leur sujet » (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2020-2021, Nr. 854/1, SS. 13-14).

B.41.1. Die Ausübung der Kontrollbefugnisse unterliegt verschiedenen Beschränkungen. Wie in B.14 erwähnt, dürfen die Bediensteten der zuständigen Stelle ihre Befugnisse nur ausüben, um zu kontrollieren, ob lokale Glaubensgemeinschaften während der Wartezeit die in Artikel 7 und Artikel 8 Absatz 2 des angefochtenen Dekrets erwähnten Verpflichtungen erfüllen, um zu kontrollieren, ob die lokalen Glaubensgemeinschaften, die das verkürzte Verfahren in Anspruch nehmen, die in Artikel 7 Nrn. 1 bis 9 des angefochtenen Dekrets erwähnten Verpflichtungen erfüllen, und um zu kontrollieren, ob die Verwaltungen der Kulte die in Kapitel 3 des angefochtenen Dekrets erwähnten Verpflichtungen erfüllen, wenn es für zulässig angesehene schwerwiegende Anhaltspunkte für eine Verletzung dieser Verpflichtungen durch eine Verwaltung des Kultes gibt. Sie dürfen ihre Befugnisse außerdem nur in Anspruch nehmen, wenn sie für die Ausübung der Aufsicht geeignet und erforderlich sind. Sie dürfen ferner nach Artikel 18 letzter Absatz des angefochtenen Dekrets einen laufenden Kult weder stören noch unterbrechen.

B.41.2. Die Bediensteten der zuständigen Stelle können die Personen, die nicht mitwirken, im Übrigen nicht bestrafen. Die zuständige Stelle kann dies höchstens in ihrer Stellungnahme zur Gewährung der Anerkennung zur Sprache bringen oder, wenn eine Anerkennung bereits erfolgt ist, darauf hinwirken, dass die Verwaltung des Kultes nach Kapitel 5 des angefochtenen Dekrets sanktioniert wird.

Wie in B.36.3 erwähnt, können sich die Bediensteten der zuständigen Stelle auch nicht mittels Zwang Zugang zu den Gebäuden, die für die Ausübung des Kultes bestimmt sind, sowie den Räumen und der Infrastruktur, die die Verwaltung des Kultes oder die lokale Glaubensgemeinschaft während der Wartezeit benutzt, verschaffen.

Wenn die Bediensteten der zuständigen Stellen die Grenzen ihrer Untersuchungsbefugnis überschreiten, machen sie sich des Befugnismissbrauchs oder der Befugnisüberschreitung schuldig. Es ist Aufgabe des zuständigen Richters, dies gegebenenfalls auf geeignete Weise zu sanktionieren.

B.42. Angesichts vorstehender Ausführungen und unter Berücksichtigung der Ausführungen in B.36.2 und B.36.3 sind die in den Artikeln 20, 21 Nrn. 1 bis 3, 22 und 23 des angefochtenen Dekrets erwähnten Kontrollbefugnisse nicht mit dem Recht auf Achtung des Privatlebens sowie der Freiheit der Religion und der Kulte unvereinbar.

B.43. Unter Berücksichtigung der Ausführungen in B.36.2 und B.36.3 ist der vierte Teil des einzigen Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7802 nicht begründet, insofern er aus einem Verstoß gegen das Recht auf Achtung des Privatlebens, die Freiheit der Religion und der Kulte sowie den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung abgeleitet ist.

In Bezug auf den fünften Teil des einzigen Klagegrunds

B.44. Im fünften Teil des einzigen Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7802 führen die klagenden Parteien an, dass die Artikel 10 und 14 § 3 des angefochtenen Dekrets gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung verstießen, insofern die Wartezeit dazu führe, dass die noch nicht anerkannten Moscheen das Risiko liefen, dass es ihnen unmöglich werde, einen Imam anzustellen oder ihren Imam zu behalten, da die Imame, die ihre Funktion in Belgien ausübten, « unverändert Personen ausländischer Herkunft [sind], die ihre Ausbildung im Ausland absolviert haben und eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten, um ihre Funktion als Imam ausüben zu können », und da die föderale Regierung nur den Imamen, die ihre Funktion in einer anerkannten Moschee ausübten, einen befristeten Aufenthaltstitel erteile.

B.45.1. Aus der Übersicht der Staatsangehörigkeiten der islamischen Diener des Kultes, die in bereits eingereichten Anerkennungsanträgen aufgeführt sind, und aus drei Anerkennungsanträgen, die die Flämische Regierung ihrem Replikenschriftsatz beigefügt hat, ergibt sich, dass die Annahme, auf der der Beschwerdegrund der klagenden Parteien beruht, faktisch falsch ist. Aus diesen Schriftstücken ergibt sich nämlich, dass verschiedene islamische lokale Glaubensgemeinschaften über einen Imam verfügen, der die belgische Staatsangehörigkeit besitzt. Der beanstandete Behandlungsunterschied liegt somit nicht vor.

B.45.2. Im Übrigen wäre ein solcher Behandlungsunterschied keine Folge der angefochtenen Bestimmungen, sondern der Praxis der föderalen Regierung, nur Imamen, die

ihre Funktion in einer anerkannten Moschee ausüben, einen befristeten Aufenthaltstitel zu erteilen. Die Prüfung einer solchen Praxis fällt nicht in die Zuständigkeit des Gerichtshofs.

B.46. Der fünfte Teil des einzigen Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7802 ist unbegründet.

In Bezug auf den einzigen Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7805

B.47. Die klagende Partei in der Rechtssache Nr. 7805 macht in einem einzigen Klagegrund geltend, dass Artikel 167 des angefochtenen Dekrets gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung in Verbindung mit Rechtssicherheitsgrundsatz und dem Grundsatz des berechtigten Vertrauens verstoße, insofern er im Wege einer Übergangsmaßnahme ein verkürztes Anerkennungsverfahren für Anträge vorsehe, die beim repräsentativen Organ vor dem 1. Juli 2019 eingereicht worden seien, für die keine Wartezeit von vier Jahren gelte und die zu einer Anerkennung führen könnten, ohne dass alle in den Artikeln 7 bis 15 erwähnten Verpflichtungen erfüllt seien.

Die klagende Partei weist ferner darauf hin, dass die Artikel 18 Absatz 1 Nr. 2 und 47 § 2 Nr. 7 und § 3 Nr. 7 desselben Dekrets untrennbar mit Artikel 67 zusammenhängen und folglich auch für nichtig erklärt werden müssten.

B.48.1. Artikel 67 des angefochtenen Dekrets bestimmt:

« § 1. Par dérogation au chapitre 2, les communautés religieuses locales qui, conformément à l'article 3, § 1, premier alinéa de l'accord de coopération du 2 juillet 2008 modifiant l'accord de coopération du 27 mai 2004 entre l'Autorité fédérale, la Communauté germanophone, la Région flamande, la Région wallonne et la Région de Bruxelles-Capitale en ce qui concerne la reconnaissance des cultes, les traitements et pensions des ministres des cultes, les fabriques d'église et les établissements chargés de la gestion du temporel des cultes reconnus, ont présenté une demande de reconnaissance à l'organe représentatif avant le 1 juillet 2019, peuvent être reconnues conformément à la procédure décrite aux paragraphes 2 à 6.

§ 2. Dans un délai d'un an à compter de l'entrée en vigueur du présent décret, l'organe représentatif soumet au Gouvernement flamand un dossier actualisé contenant, sous peine d'irrecevabilité, toutes les informations et tous les documents suivants :

1° l'identification de la communauté religieuse locale : le nom et la dénomination de la communauté religieuse locale;

2° le cas échéant, la structure juridique actuelle, le nom, l'adresse, les statuts et le numéro de la Banque-Carrefour des Entreprises;

3° la circonscription territoriale, à savoir l'indication claire de la zone d'activité territoriale de la communauté religieuse locale : le nom de la ou des communes ou des parties de celles-ci;

4° l'indication de l'autorité de financement et, le cas échéant, une proposition de clé de répartition des coûts entre les autorités de financement;

5° l'adresse des bâtiments destinés à l'exercice du culte et l'adresse de toute autre infrastructure utilisée par la communauté religieuse locale;

6° prénom et nom, adresse, numéro de registre national, adresse courriel, numéro de téléphone, nationalité, date de naissance et sexe des personnes qui, si la communauté religieuse locale est reconnue, seront désignées comme membres de l'organe d'administration complet temporaire conformément à l'article 15 et, pour chacune d'entre elles, un extrait du casier judiciaire conformément à l'article 596, deuxième alinéa du Code d'instruction criminelle, ne datant pas de plus de nonante jours. Au cours de la procédure visée dans le présent article l'organe d'administration complet temporaire fait office d'organe d'administration de la communauté religieuse locale qui demande la reconnaissance. Il notifie tout changement ultérieur dans les trente jours au Gouvernement flamand, à l'organe représentatif, à l'autorité de financement et, le cas échéant, à la commune consultée pour avis;

7° prénom et nom, adresse, numéro de registre national, adresse courriel, numéro de téléphone, nationalité, date de naissance et sexe des ministre[s] du culte et de leurs suppléants et, pour chacun d'entre eux, un extrait du casier judiciaire conformément à l'article 596, deuxième alinéa du Code d'instruction criminelle, ne datant pas de plus de nonante jours. L'organe d'administration complet temporaire, visé au point 6°, notifie tout changement ultérieur dans les trente jours au Gouvernement flamand, à l'organe représentatif, à l'autorité de financement et, le cas échéant, à la commune consultée pour avis;

8° les personnes visées aux points 6° et 7°, signent une déclaration sur l'honneur écrite en vertu de laquelle elles s'engagent à respecter les critères de reconnaissance énoncés à l'article 7 et les lois sur l'emploi des langues en matière administrative, coordonnées le 18 juillet 1966, étant entendu que les mots ' l'organe d'administration provisoire ' visés à l'article 7, sont lus comme ' l'organe d'administration complet temporaire ' visé au point 6°;

9° le dernier compte annuel de l'ensemble des activités de la communauté religieuse locale, complété par un compte annuel pour la partie de ses activités qui concerne les aspects matériels du culte, établis conformément aux modèles applicables aux administrations du culte;

10° un aperçu de tous les dons en nature ou en espèces, liés aux aspects matériels du culte, dont la communauté religieuse locale a été directement ou indirectement bénéficiaire au cours des deux années précédentes et dont la valeur est égale ou supérieure à 1 000 euros. Le récapitulatif des dons indique la date du don, la valeur du don, la nature du don, la manière dont la transaction a été effectuée et les données d'identification suivantes du donateur :

a) pour les personnes physiques :

- 1) prénom et nom;
- 2) adresse de résidence principale;
- 3) date et lieu de naissance;
- 4) nationalité;

b) pour les personnes morales ou les structures sans personnalité juridique :

- 1) nom;
- 2) le cas échéant, numéro d'entreprise;
- 3) forme juridique;
- 4) adresse du siège social;

11° un projet de plan pluriannuel pour les six prochaines années, contenant une estimation des recettes et des dépenses de l'administration du culte à créer après la reconnaissance, établi conformément aux modèles applicables aux administrations du culte.

§ 3. Le Gouvernement flamand informe toutes les instances suivantes dans les trente jours de la réception d'une demande recevable de reconnaissance soumise par l'organe représentatif :

- 1° l'organe d'administration visé au paragraphe 2, 6°;
- 2° l'organe représentatif;
- 3° l'autorité de financement;
- 4° l'autorité fédérale;
- 5° le cas échéant, la commune consultée pour avis.

§ 4. Au plus tard quatre mois après la notification visée au paragraphe 3, l'organe représentatif, l'autorité de financement et, le cas échéant, la commune consultée pour avis rendent un avis au Gouvernement flamand sur le respect, ou non, par la communauté religieuse locale des obligations énoncées à l'article 7, à l'exception des points 10° et 11°. Si l'une des instances visées au premier alinéa ne rend pas l'avis en temps voulu, il peut être passé outre à l'obligation d'avis.

§ 5. Au plus tard six mois après l'expiration du délai visé au paragraphe 4, le Gouvernement flamand statue sur la reconnaissance et communique sa décision à l'organe d'administration visé au paragraphe 2, 6°, à l'organe représentatif, à l'autorité fédérale, à l'autorité de financement et, le cas échéant, à la commune consultée pour avis.

Le Gouvernement flamand évalue la reconnaissance de la communauté religieuse locale en fonction des obligations énoncées à l'article 7, à l'exception des points 10° et 11°. La décision de reconnaissance contient, le cas échéant, tous les éléments visés à l'article 14, § 2, premier alinéa.

L'arrêté de reconnaissance visé au deuxième alinéa est publié par extrait au *Moniteur belge*.

§ 6. Si la communauté religieuse locale est reconnue, l'article 15 s'applique ».

B.48.2. Artikel 18 Absatz 1 Nr. 2 desselben Dekrets bestimmt:

« L'instance compétente désignée par le Gouvernement flamand vérifie :

[...]

2° si les communautés religieuses locales respectent les obligations visées à l'article 7, à l'exception des points 10° et 11°, au cours de la procédure visée à l'article 67, § 1 ».

Artikel 47 § 2 Nr. 7 und § 3 Nr. 7 desselben Dekrets bestimmt:

« § 2. Conformément aux dispositions du présent décret, les instances suivantes traitent les données à caractère personnel de manière structurée et systématique en tant que responsables du traitement au sens de l'article 4, 7) du règlement général sur la protection des données :

[...]

7° l'organe d'administration complet temporaire, visé à l'article 67, § 2, 6°;

[...]

§ 3. Les instances mentionné[e]s au paragraphe 2 peuvent, conformément aux dispositions du présent décret, traiter les données personnelles des personnes suivantes :

[...]

7° les membres de l'organe d'administration complet temporaire, visé à l'article 67, § 2, 6° ».

B.49. Es obliegt grundsätzlich dem Gesetzgeber, wenn er beschließt, eine neue Regelung einzuführen, zu beurteilen, ob es notwendig oder sachdienlich ist, diese politische Änderung mit Übergangsmaßnahmen zu versehen. Der Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung wird nur verletzt, wenn die Übergangsregelung oder ihr Fehlen zu einem

nicht sachlich gerechtfertigten Behandlungsunterschied führt oder wenn der Grundsatz des berechtigten Vertrauens übermäßig beeinträchtigt wird.

Dieser Grundsatz steht in engem Zusammenhang mit dem Grundsatz der Rechtssicherheit, der es dem Gesetzgeber verbietet, ohne objektive und sachliche Rechtfertigung das Interesse der Rechtsunterworfenen daran, die Rechtsfolgen ihrer Handlungen vorhersehen zu können, zu beeinträchtigen.

B.50. Die klagende Partei stellt in Abrede, dass Artikel 67 des angefochtenen Dekrets eine Übergangsregelung vorsehe. Es handle sich eher um ein angepasstes Verfahren als um eine Bestimmung, die die alte Regelung auf Anträge für anwendbar erkläre, die beim repräsentativen Organ vor dem 1. Juli 2019 eingereicht worden seien.

Dieser Ansicht kann nicht gefolgt werden. Eine Übergangsregelung muss nicht in der Durchsetzung der alten Regelung in Bezug auf bestimmte Rechtstatsachen bestehen.

B.51. Der Behandlungsunterschied zwischen den lokalen Glaubensgemeinschaften, die ihren Anerkennungsantrag vor dem 1. Juli 2019 beim repräsentativen Organ eingereicht haben, und den lokalen Glaubensgemeinschaften, die ihren Antrag nach diesem Datum eingereicht haben, beruht auf einem objektiven Kriterium, nämlich dem Datum, an dem der Antrag beim repräsentativen Organ eingereicht wurde.

B.52. Der Dekretgeber hat das verkürzte Anerkennungsverfahren für Anträge, die vor dem 1. Juli 2019 beim repräsentativen Organ eingereicht wurden, eingeführt, um den rechtmäßigen Erwartungen der lokalen Glaubensgemeinschaften, die bereits seit Jahren warten, zu entsprechen und um zu verhindern, dass lokale Glaubensgemeinschaften noch schnell einen Anerkennungsantrag einreichen, um die Wartezeit zu umgehen:

« L'objectif de cette distinction est de traiter les demandes de reconnaissance qui ont été présentées par des communautés religieuses locales avant le 1er juillet et qui attendent déjà depuis des années par le biais d'une procédure de reconnaissance abrégée, sans que ces communautés doivent encore passer par une période d'attente de quatre ans. L'association des provinces flamandes affirme que la demande de reconnaissance n'a pas créé de droits dans le chef de ces communautés religieuses locales qui demandent la reconnaissance, mais on ne saurait nier qu'une demande de reconnaissance fait naître des attentes légitimes. C'est pourquoi

le Gouvernement flamand instaure une procédure de reconnaissance abrégée pour ces communautés.

Afin d'objectiver cette distinction et de faire la clarté sur la question de connaître, parmi les communautés religieuses locales qui demandent la reconnaissance, celles qui peuvent prétendre à cette procédure de reconnaissance abrégée, une date fixe a été choisie, à savoir le 1er juillet 2019. Ceci permet d'éviter également que des communautés religieuses locales présentent une demande de reconnaissance dans le seul but de contourner la période d'attente » (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2020-2021, Nr. 854/1, S. 37).

Diese Ziele sind legitim.

B.53. Das gewählte Datum, nämlich der 1. Juli 2019, ist unter Berücksichtigung der diesbezüglichen weiten Beurteilungsfreiheit des Dekretgebers im Lichte dieser Ziele sachdienlich. Es liegt weit genug in der Vergangenheit, wodurch der Dekretgeber davon ausgehen durfte, dass die lokalen Glaubensgemeinschaften, die einen Antrag vor diesem Datum eingereicht haben, legitime Erwartungen hinsichtlich einer raschen Bearbeitung ihres Antrags haben. Es liegt auch ausreichend weit vor dem 16. Juni 2021, also dem Datum, an dem der Dekretentwurf im Flämisches Parlament eingebracht wurde, sodass der Dekretgeber ebenso davon ausgehen durfte, dass die Anträge, die unter die Übergangsregelung fallen, nicht eingereicht wurden, um die Wartezeit zu umgehen.

B.54.1. Die Übergangsregelung ist schließlich auch nicht mit unverhältnismäßigen Folgen verbunden. Sie ermöglicht keine voreiligen Anerkennungen, da die lokalen Glaubensgemeinschaften, die vor dem 1. Juli 2019 einen Anerkennungsantrag beim repräsentativen Organ eingereicht haben und die Übergangsregelung in Anspruch nehmen, mit Ausnahme der Wartezeit und der Anforderungen in Bezug auf die finanzielle Transparenz während der Wartezeit im Sinne der Artikel 11 und 12 des angefochtenen Dekrets alle Anerkennungskriterien aus Artikel 7 desselben Dekrets erfüllen müssen, um für eine Anerkennung in Betracht zu kommen.

Die Anforderungen in Bezug auf die finanzielle Transparenz während der Wartezeit, die bei Anwendung der angefochtenen Übergangsregelung entfallen, werden außerdem teilweise durch die Informationen und Dokumente ausgeglichen, die die lokale Glaubensgemeinschaft übermitteln muss, um nach der Übergangsregelung für eine Anerkennung in Betracht zu kommen. Nach Artikel 67 § 2 Nrn. 9 bis 11 des angefochtenen Dekrets muss die aktualisierte Akte (1) den letzten Jahresabschluss für alle Tätigkeiten der lokalen Glaubensgemeinschaft,

ergänzt um einen Jahresabschluss für den Teil ihrer Tätigkeiten, der sich auf die materiellen Aspekte des Kultes bezieht, (2) eine Übersicht aller Sach- oder Geldspenden in Bezug auf die materiellen Aspekte des Kultes, bei denen die lokale Glaubensgemeinschaft in den zwei letzten Jahren unmittelbar oder mittelbar die Empfängerin war und die einen Wert von 1 000 Euro und mehr haben, und (3) einen Entwurf des Mehrjahresplans für die nächsten sechs Jahre, in dem die Einnahmen und Ausgaben der zu errichtenden Verwaltung des Kultes nach der Anerkennung geschätzt werden, enthalten.

B.54.2. Die Übergangsregelung sieht ferner keinen unverhältnismäßigen administrativen Aufwand für die Behörden vor, die eine Stellungnahme zum Anerkennungsantrag abgeben müssen. Es ist nicht so, dass die stellungnehmenden Behörden gleichzeitig mit allen vor dem 1. Juli 2019 eingereichten Anträgen konfrontiert werden. Das verkürzte Verfahren setzt nämlich voraus, dass das repräsentative Organ zunächst innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des angefochtenen Dekrets einen aktualisierten Antrag einreicht, woraufhin die Flämische Regierung im Falle der Zulässigkeit des Antrags diesen innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt unter anderem den stellungnehmenden Behörden zuleitet. Die stellungnehmenden Behörden haben anschließend eine ausreichend lange Frist von vier Monaten, um ihre Stellungnahme abzugeben.

B.54.3. Der Umstand, dass die finanzierenden Behörden die lokalen Glaubensgemeinschaften, die nach der Übergangsregelung anerkannt werden, finanziell unterstützen müssen, ist keine Folge der Übergangsregelung, sondern des Dekrets vom 7. Mai 2004.

B.55. Der einzige Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7805 ist unbegründet.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

- erklärt Artikel 7 Nr. 3 erster Satz und Nr. 9, Artikel 16 Nr. 8 und Artikel 17 § 1 erster Satz des Dekrets der Flämischen Region vom 22. Oktober 2021 « zur Regelung der Anerkennung der lokalen Glaubensgemeinschaften, der Verpflichtungen der Verwaltungen des Kultes und der diesbezüglichen Aufsicht und zur Abänderung des Dekrets vom 7. Mai 2004 über die materielle Organisation und die Arbeitsweise der anerkannten Kulte » für nichtig;

- weist die Klagen unter Berücksichtigung des in B.36.2 und B.36.3 Erwähnten im Übrigen zurück.

Erlassen in niederländischer, französischer und deutscher Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 20. Juli 2023.

Der Kanzler,

Der Präsident,

N. Dupont

L. Lavrysen